



#### **14. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld vom Mittwoch, 12. Juni 2024**

<b>Ort</b>	Grosser Bürgersaal im Rathaus
<b>Zeit</b>	17:00 bis 20:00 Uhr
<b>Vorsitz</b>	Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler
<b>Mitglieder</b>	Parwin Alem Yar, Lisa Badertscher, Ivo Begic, Fabio Bergamin, Anita Bernhard-Ott, Claudio Bernold, Alessandra Biondi, Elio Bohner, Priska Brenner-Braun, Niklaus Briner, Reto Brunschweiler, Stefan Eggimann, Sandro Ern�, Roman Fischer, Pascal Frey, Daniel Geeler, Robin Goldinger, René Gubler, Severine Hänni, Samuel Kienast, Ruth Krähenmann, Samuel Kunz, Stefan Leuthold, Christian Mader, Klaudia Peyer, Luc Pizzini, Christoph Regli, Beda Stähelin, Christoph Tobler, Annina Villiger Wirth, Roland Wetli, Kathrin Widmer Gubler, Roland Wyss, Christa Zahnd
<b>Protokoll</b>	Mathias Frei, Gemeinderatssekretär
<b>Mitanwesend</b>	Stadtpräsident Anders Stokholm, Stadträtin Barbara Dätwyler Weber, Stadträtin Andrea Hofmann Kolb, Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Stadträtin Regine Siegenthaler
<b>Entschuldigt</b>	Nathalie F�h, Tobias Lenggenhager, Christian Schmid, Stefan Vontobel, Susanne Weibel Hugentobler
<b>Traktanden</b>	
70	Mitteilungen
71	Botschaft Nr. 17 «Geschäftsbericht und Rechnungen der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2023» Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

## **Einleitung**

**Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP):** Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertretende, ich darf Sie heute wieder fast im gewohnten Rahmen zur 14. Gemeinderatssitzung der laufenden Legislatur begrüßen. Die jährliche Rechnungssitzung treibt ja neben dem Finanzchef, der eventuell auf der Tribüne sitzt, und den Stadträten, welche zu kritischen Themen Stellung nehmen dürfen, auch immer demjenigen auf dem Bock, also mir, den Schweiss auf die Stirn. Dies, da die Rechnungssitzung nicht nur eine spezielle, sondern auch die erste volle Sitzung der Amtszeit als Gemeinderatspräsident ist. Um die Sitzung ein wenig zu versüssen, liegen bei jedem Gemeinderatsmitglied zwei Schoggifünfliber am Platz. An meiner Wahlfeier setzte Alt-Stadtrat Andreas Elliker bei den Redebeiträgen eine Redezeitbeschränkung strikt durch. Die Fraktion SP hat verdankenswerterweise alle Zeitstrafen mit diesen Schoggifünflibern übernommen. Ich gebe diese sehr gern an euch weiter. En Guete denn.

Die Rechnung ist wesentlich als das Budget, in dem Sinn, liebe Ratsmitglieder, wünsche ich Ihnen eine kurzweilige Sitzung und vertraue darauf, dass die Diskussionen respektvoll und terminspezifisch ablaufen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Zu Beginn der Sitzung sind 33 Mitglieder des Gemeinderats anwesend. Der Rat ist gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 17.

Aufgrund der Abwesenheit von Gemeinderat Christian Schmid wird eine Ersatzwahl ins Ratsbüro notwendig. Das Vorschlagsrecht hat die Fraktion SVP/EDU.

**Gemeinderat Christian Mader (EDU), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Namens der Fraktion SVP/EDU schlage ich Ihnen Gemeinderätin Christa Zahnd für heute Abend für dieses Amt vor.

## **Abstimmung**

Gemeinderätin Christa Zahnd wird einstimmig bei eigener Enthaltung für die heutige Sitzung als Büromitglied gewählt.

**Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP):** Ich werde mir erlauben, die Sitzung fortzusetzen in der Hoffnung, dass die beiden noch ausbleibenden Gemeinderäte noch rechtzeitig eintreffen. Sonst werden wir weitere Ersatzwahlen für das Ratsbüro vornehmen.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats Art. 23b zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gehe ich davon aus, dass wir diese stillschweigend genehmigen und die heutige Sitzung dementsprechend durchführen.

## 70 Mitteilungen

### **Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP):**

1. Stadtratsbeschluss Nr. 150 vom 7. Juni 2024: Einfache Anfrage betreffend «Öffentliches Vergabewesen und Einnahmeausfall Parkplätze im Zusammenhang mit dem Projekt KAFF» von Gemeinderätin Lisa Badertscher; Zuweisung zur Beantwortung
2. Stadtratsbeschluss Nr. 154 vom 7. Juni 2024: Terminplan Budget 2025 und Finanzplan 2026-2028; ist in Verabschiedung
3. Stadtratsbeschluss Nr. 156 vom 11. Juli 2024: Einfache Anfrage betreffend «Stadtkaserne – wo stehen wir?» Von Gemeinderätin Kathrin Widmer Gubler und Gemeinderat Stefan Vontobel; Zuweisung zur Beantwortung
4. Stadtratsbeschluss Nr. 160 vom 11. Juli 2024: Botschaft betreffend «Kreditanfrage für das Mitsommerfest 2026»; ist in Verabschiedung
5. Das Protokoll der letzten Sitzung vom 29. Mai 2024 wurde am 5. Juni 2024 auf dem Dossierbrowser aufgeschaltet. Das Protokoll wird zur Genehmigung auf die Gemeinderatssitzung vom 26. Juli 2024 traktandiert.

## 71 **Botschaft Nr. 17 «Geschäftsbericht und Rechnungen der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2023»**

**Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP):** Die Botschaft Nr. 17 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 2. April 2024 und die Rechnung der Stadtverwaltung und ihrer Betriebe für das Jahr 2023 wurden am 3. Mai 2024 in den Dossierbrowser geladen oder, sofern gewünscht, an Sie per Post versendet. Im Namen des Rats möchte ich mich bei der gesamten Verwaltung, den Exekutivpolitikern und dem Finanzchef Reto Angehrn für die vorliegenden Unterlagen herzlich bedanken. Da es ja dem endgültigen Abschluss des Jahres 2023 gleichkommt, möchte ich mich auch für die gesamte Leistung der Stadt Frauenfeld und insbesondere bei deren Mitarbeitenden bedanken.

Für die Behandlung der Rechnung schlage ich folgendes Vorgehen vor: Nach der Eintretensdebatte erfolgt die Detailberatung. Hier können als Erstes allgemeine Voten angebracht werden. Danach folgt die Beratung innerhalb der einzelnen Departemente, ohne seitenweise durchzublättern. Dazu werden die GPK-Sprecher zu den einzelnen Departementen, Ämtern oder städtischen Betrieben als Erstes referieren. Danach kommen die Vertreter der einzelnen Fraktionen und zum Schluss die weiteren Meldungen aus dem Rat. Für die Wortmeldungen zu den einzelnen Abteilungen oder spezifischen Konten bitte ich Sie, jeweils Seitenzahl gemäss Ausdruck, Kontogruppe und Kontonummer zu nennen. Anträge sind mir bitte schriftlich abzugeben. Innerhalb der Departemente werden wir zuerst die Rechnung in Register 3, dann die dazugehörigen Investitionsrechnungen in Register 2 beraten. Im Anschluss an die Departemente werden wir die Bilanzen in Register 4 und den Anhang in Register 5 behandeln. Danach werden die Rechnungen von Thurplus in Register 7 und die Rechnung des Alterszentrums Park in Register 10 beraten.

Ich begrüsse Gemeinderat Luc Pizzini.

Bevor wir am Schluss über die Anträge abstimmen, steht noch der Geschäftsbericht zur Diskussion. Bestehen gegen dieses Vorgehen seitens des Rats Einwände? – Dies scheint nicht der Fall zu sein, somit ist das Vorgehen stillschweigend genehmigt.

### ***Eintreten***

#### **Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der GPK Finanzen und**

**Administration:** Das Eintreten auf das Geschäft war als solches in allen GPKs unbestritten, daher schlagen wir dem Rat Eintreten vor.

**Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP):** Da niemand das Wort zum Eintreten wünscht, gehe ich davon aus, dass das Eintreten unbestritten ist und somit stillschweigend genehmigt wird.

### ***Detailberatung***

#### **Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der GPK Finanzen und**

**Administration:** Es liegt uns ein Rechnungsergebnis mit einem Gewinn von satten 11.79 Mio. Franken vor, was erneut einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 0.9 Mio. Franken entspricht. Das Ergebnis beinhaltet die drei Rechnungen von Stadtverwaltung mit 7.86 Mio. Franken Gewinn, Thurplus mit 4.62 Mio. Franken Gewinn und Alterszentrum Park mit 0.69 Mio. Franken Verlust.

Die Ergebnisse an sich sind sicher erfreulich, und ich möchte bereits an dieser Stelle den Mitarbeitenden der Stadt Frauenfeld für diese grossartige Leistung danken. Etwas genauer hingeschaut, fragt man sich aber, was der Wert dieser Zahl ist. Etwas zynisch habe ich in der Vergangenheit gefragt, ob Zahlen an sich ausser an einer Buchhalterkonferenz für Aufregung sorgen könnten. Auch dieses Jahr wieder sind es nicht die blanken Zahlen, sondern die Abweichungen, welche Spannung aufkommen lassen. Die Abweichungen betragen insgesamt 10.86 Mio. Franken oder ganz konkret +12.3 Mio. Franken bei der Stadtverwaltung, -0.49 Mio. Franken bei Thurplus und -0.95 Mio. Franken beim AZP. Die Abweichungen sind vielfältig, und ich verweise hier auf die Seiten 20, 21, 22 und 23 in der Botschaft, welche die grösseren Abweichungen benennen. Allein die Anzahl der Seiten, die diese Tabelle umfassen, dürfte etwa den Umfang beleuchten. Wichtig an dieser Stelle ist: Es ist vollständig klar und nachvollziehbar und auch nicht bestritten, dass wir Abweichungen sehen. Schliesslich leben wir in einer VUKA-Welt, wie wir in der Beratung gern sagen. Eine Welt also, die volatil, ungewiss, komplex und ambig (mehrdeutig) ist. Das haben wir alle über die letzten Jahre mehrfach erfahren.

Das Thema ist die gefühlt eindimensionale Richtung, in welche die Abweichungen laufen, sowie die grossen Abweichungen, die hierbei richtig zu Buche schlagen. Ganz konkret die Nichtwiederwahlentschädigung über 1.4 Mio. Franken, die Steuern von juristischen Personen 4.5 Mio. Franken, Immobilienfolgebewertungen beim Finanzvermögen und Landkreditkonto über 7.3 Mio. Franken kombiniert, Vorbereitungsarbeiten Kaserne über 0.6 Mio. Franken und Abschreibung Schlossbadi 1 Mio. Franken sowie Sozialhilfe und Asyl über 1.9 Mio. Franken, wohl gemerkt alle gegen oben.

Inhaltlich möchte ich auf zwei dieser Themen nachfolgend eingehen sowie zusätzlich aus der allgemeinen Diskussion einbringen.

1. Planungsgenauigkeit inkl. Investitionen: Die Kritik an der Planungsungenauigkeit liegt darin, dass die grösseren Posten aus Folgebewertungen und Abschreibungen – Schlossbadi bis zu einem gewissen Grad und bei ersterem zu 100 % – durchaus vorhersehbar waren. Über die einmaligen Themen wie Steuern der juristischen Personen, die hoffentlich einmalige Nichtwiederwahlentschädigung – hier ist immer noch eine Motion hängig resp. deren Resultat – und Ähnliches, da freuen wir uns oder ärgern wir uns selbstverständlich auch, aber diese kann man gut auf einmalige Effekte abtun, welche bei der Budgetierung so nicht vorhersehbar waren. Die Investitionen ihrerseits in Sachen Umsetzungsgrad waren zwar ziemlich gut, aber eigentlich in Anbetracht dessen, dass der hohe Anteil der Schlossbadi, wenn man diesen ausrechnet, den Umsetzungsgrad faktisch wieder auf das Niveau oder sogar leicht darunter senkt, was wir bisher immer hatten. Das bereitet weniger Freude. Dies alles führt auch dazu, dass man sich fragt, ob diese Posten leider einfach untergegangen sind oder ob die Planung bei unserer Stadt eventuell doch einen wunden Punkt darstellt.
  
2. Folgebewertungen: Wir haben dieses Thema in der GPK rauf und runter diskutiert, bei der Präsentation, in der allgemeinen Debatte und dann noch diverse Male in der Detailberatung. Ich erspare Ihnen hier die gesamte Betrachtung. Wichtig ist hier zuerst festzuhalten: Die Rechnung steht nun so da, wie sie da ist. Das gute Resultat an sich will niemand verändern, denke ich. Die Frage ist, wie man mit diesem Punkt inskünftig umgehen möchte. Wir werden das Thema Folgebewertungen nun jedes Jahr in der Rechnung vorfinden, eventuell tiefer, eventuell auch höher. Da die Zyklen inskünftig zwar auf 10 Jahre gestreckt werden, haben wir zwar einerseits eine Glättung durch die Anzahl bewertete Gebäude, andererseits einen Gegeneffekt durch die Anzahl der vergangenen Jahre zwischen den Bewertungen. Für uns als GPK und auch für uns alle als Legislative ist eine reine Nichtbudgetierung nicht zielführend. Denn ob wir diesen Betrag im Budget oder in der Rechnung sehen, hat auf die politischen Konsequenzen wenig Auswirkung. Man wird im zweiten Fall aber einfach wenig Vertrauen in die Budgetierung haben. Da es aber rein buchhalterische Gewinne sind, welche durch einen übergeordneten Gesetzgeber so gewollt sind, verzerren diese massiv das Bild, das wir kriegen und nicht so sehr, was wir an Liquidität dazugewinnen. Dies hat auch Einfluss auf unsere Kennzahlen im Sinn des Haushaltsgleichgewichts. Es hat Auswirkungen betreffend Steuerfusswahrnehmung und es hat Auswirkungen auf die Wahrnehmung unserer Arbeit, welche wir in die Budgets, Rechnungen und die daraus gezogenen Schlüsse stecken. Somit kann konstatiert werden, dass man derzeit keine Lösung für diesen anerkannten Missstand hat, man aber nach Lösungswegen sucht. Dieses Thema wird uns aber absehbar noch lange begleiten, und alle bisher besprochenen Ansätze scheinen den Missstand nur teilweise zu lösen.

Geschäftsbericht: Der Geschäftsbericht kommt nun nicht mehr in alle Haushalte, dennoch fliesst sehr viel Aufwand hinein. Wir konnten uns in der GPK nicht einigen, wie wir dazu stehen. Einerseits ist sehr viel Aufwand dahinter und man fragt sich, ob der Geschäftsbericht diesen Aufwand denn auch widerspiegelt. Andererseits bietet der Geschäftsbericht das ideale Fenster, um darzulegen, was die Stadt mit dem Steuerfranken anstellt und welche tolle Resultate dabei erzielt werden. Hier stellt sich letztendlich die Frage seitens der Kommission, ob dieses Vehikel ideal genutzt wird, wohlwissend, dass wir uns selber nicht sicher sind, wie diese ideale Nutzung aussehen sollte.

Soviel zum vorliegenden Dokument Botschaft und Geschäftsbericht. Zum Schluss möchte ich nochmals zum Dank im Namen der Kommission kommen. Für die Zusammenstellung und die Aufbereitung der Rechnung dem Finanzamt unter der Leitung von Reto Angehrn, für die Führung und letztendlich das positive Resultat dem Stadtrat und den leitenden Angestellten, und insbesondere aber für die unermüdliche Arbeit im Dienste der Einwohnenden der Stadt Frauenfeld dem gesamten Personal der Stadt und ihrer Betriebe. Herzlichen Dank. Die Geschäftsprüfungskommissionen haben allen Anträgen einstimmig zugestimmt.

**Gemeinderat René Gubler (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Unsere Fraktion bedankt sich bei den Mitarbeitenden der Stadt und ihrer Betriebe für die ausführlichen Dokumente und die grosse Arbeit, die dahintersteckt.

Wie wir alle wissen, ist die Rechnung 2023 sehr viel besser ausgefallen als budgetiert, was natürlich sehr erfreulich ist. Zum einen sind dies die Wertberichtigungen der Liegenschaften, welche zahlenmässig stark einschenken. Dass diese Buchgewinne nach HRM2 als Einnahmen direkt in der Buchhaltung verbucht werden müssen, ohne dass die Liquidität davon profitiert, bereitet uns Mühe. Und für die Steuerzahler ist dies schwer verständlich. Zum anderen sind es die hohen nachträglichen Steuererträge von den juristischen Personen, welche uns sehr freuen. Diesen Steuerzahlern gilt es Sorge zu tragen, wenn es um die Infrastruktur in unserer Stadt geht.

Für uns war es auch dieses Jahr wieder schwierig, die Zahlen zu vergleichen, da verschiedene Konten umgebucht wurden und an verschiedenen Orten zu suchen waren.

Wir bitten die Stadt, bei den Abschreibungen und den Abgrenzungen die nötige Sorgfalt walten zu lassen, so zum Beispiel beim Beginn der Badiabschreibung oder der Stadtkaserne.

Wir begrüssen das Vorgehen bei den Rückstellungen für die Heimfallentschädigung, diese Kosten müssen aber dem Steuerzahler verständlich gemacht werden.

Die Rechnung von Thurplus kann als solid taxiert werden, konnte doch Thurplus die Verwerfungen am Markt durch überlegtes Handeln etwas abfedern und so die Rechnung glätten. Die etwas einseitige Investition in die Fernwärme muss trotz des Volksentscheids im Auge behalten werden.

Der Gesamtertrag des Alterszentrums Park ist leicht negativ, und die Lage angespannt. Trotz der grossen Anstrengungen und der guten Leistungen des Personals konnte das Budget nicht erreicht werden, was zu grosser Sorge Anlass gibt. Insbesondere ist es fraglich, wie die anstehenden Sanierungs- und Ausbauarbeiten finanziert werden können.

Der Geschäftsbericht ist ausführlich, informativ, interessant und passend bebildert. Unsere Fraktion bedankt sich nochmals für die geleistete Arbeit und wird alle Anträge einstimmig gutheissen.

**Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP):** Das Ratsbüro ist mittlerweile komplett. Es sind 35 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte anwesend, das absolute Mehr beträgt 18.

**Gemeinderat Christoph Tobler (SP), Referent im Namen der Fraktion SP:** Die Rechnung hat in der Summe positiv geschlossen. Angesichts des ursprünglich erwarteten Defizits

natürlich ein erfreuliches Resultat. Ist damit die Sache erledigt? Nur bedingt. Wir sind der Ansicht, dass sich ein differenzierter Blick auf die Rechnung und die folgenden Themen lohnt.

Um den ersten und grössten Posten direkt anzusprechen, die Neubewertung der Liegenschaften im Finanzvermögen. Hier sind wir etwas unzufrieden mit dem Vorgehen des Stadtrats. Die Neuschätzung der Liegenschaften wurde im Herbst 2023 in Auftrag gegeben, also vor der Beratung zum Budget 2024. Gleichzeitig wusste der Stadtrat erstens, wie viele Liegenschaften neu geschätzt werden müssen und zweitens kannte er die ungefähre Entwicklung des Landkreises, also der Marktsituation. Er wusste damit vor der Budgetberatung 2024, dass die Neuschätzungen die Erfolgsrechnung 2023 um Millionenbeträge beeinflussen werden. Klar, es ist die Rechnung 2023. In der Rechnung 2024 rechnen wir nicht mit demselben Effekt. Trotzdem kann es aus unserer Sicht nicht sein, dass dies nicht vorgängig kommuniziert wird, dass Abklärungen im Gang sind, vor allem wenn folgend noch eine zweite Budgetsitzung kommt. Die gesamte Budgetdebatte 2024 fusste somit nämlich wesentlich auf falschen Annahmen, wie die Rechnung 2023 enden wird. Aus unserer Sicht müssen solche grossen Posten sobald bekannt kommuniziert werden, denn sonst müssen wir entweder vom Unwissen des Stadtrats oder vom bewussten Nichterwähnen ausgehen. Beides sind aus unserer Sicht nicht unbedingt gute Voraussetzungen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Weitere grössere Abweichungen, die es ebenfalls gegeben hat, kommentieren wir ebenfalls noch kurz. Andreas Elliker kostet uns 1.4 Mio. Franken, wobei wir hier hoffen, dass die Motion und das angepasste Reglement rasch in Angriff genommen werden, damit diese Angelegenheit erledigt werden kann und dies hoffentlich bald einen nahezu äquivalenten einmaligen positiven Effekt hat zum jetzigen einmaligen Negativeffekt.

Im Bereich Sozialhilfe, Beratung und Asyl haben wir mit 1.6 Mio. Franken besser abgeschlossen als erwartet. Das ist gut. Wir hatten hier mehr Transferzahlungen vom Kanton und tiefere Aufwendungen als geplant. Wir wünschen uns hier die sorgfältige Prüfung, ob und was direkt sachbezogen in nachhaltige Integration investiert werden kann. Aus unserer Sicht ist das sinnvoller als der Rückfluss von Transfererträgen von Seiten Kanton einfach in die Stadtrechnung.

Trotz oder gerade eben wegen dieser diversen einmaligen Effekte schliessen wir positiv ab. Die positiven Effekte wie Steuern, Neubewertungen überwiegen deutlich. So weit, so gut. Wie wir gesehen haben, ist es unter diesen Umständen auch schwierig, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von einer nötigen Steuererhöhung zu überzeugen und das strukturelle Defizit sauber zu erklären.

Abgesehen von den ausgeführten Punkten ist die Rechnung für uns in Ordnung. Das Budget war vorsichtig geplant, es fiel nicht ganz so negativ aus wie befürchtet, die Verantwortung in diesem Sinn wurde wahrgenommen. Für uns bestätigt sich mit der Rechnung 2023 aber auch, dass viele strukturelle Herausforderungen vor uns liegen. Ich gehe kurz auf einige Punkte ein ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Die Entwicklung der Stadtkaserne läuft. Das ist gut, wir sind gespannt, wie es kommt. Für uns ist nachvollziehbar, dass jetzt Investitionen getätigt werden müssen, damit die Stadtkaserne langfristig profitabel wird. Die Finanzkompetenzen sind dabei ebenfalls klar. Der

Stadtrat darf und er soll auch. Der Plan dazu wurde uns vor einiger Zeit hier im Gemeinderat ebenfalls vorgelegt.

Das AZP ist in einer schwierigen Situation. Wir fahren mittelfristig auf riesige Infrastrukturkosten zu, ohne dass wir auch nur annähernd dazu in der Lage wären, Rückstellungen für diese aufzubauen. Wie sich das AZP künftig entwickeln und in welcher Organisationsform es existieren soll, ist für uns eine legitime Diskussion, die in den nächsten Jahren geführt werden muss. Dabei soll aber die Verantwortung der Stadt für eine funktionierende Altersversorgung nicht vergessen werden.

Bei Thurplus fällt uns auf, dass sie operativ mit 2.2 Mio. Franken Defizit aus betrieblicher Tätigkeit deutlich nicht mehr im Gewinnbereich sind. Das ist kurzfristig und als Gegenstück zum Einmaleffekt Pandemiegewinn keine grosse Sache. Trotzdem müssen wir ein Auge darauf haben. Der stetige Geldzufluss zur Stützung der Stadtrechnung kann bald zum Erliegen kommen. Zudem haben wir in der Rechnung gesehen, dass es an verschiedenen Orten zu Verzögerungen bei der Abrechnung kam. Das kann es geben, wirft aber nicht unbedingt ein gutes Licht auf Thurplus als verlässlichen Partner, wenn das immer wieder so ist und nachhaltig so bleibt.

Ich komme zum Ende. Wir haben zwar ein positives Ergebnis, strukturell sind wir aber weiterhin in einer schwierigen Lage. Es stehen verschiedene grössere Investitionen an, alle werden wir kaum finanzieren können. Eine Priorisierung wird nötig sein. Hier erhoffen wir uns von Seiten Stadtrat eine weitsichtige und ganzheitliche Planung, dazu eine klare und transparente Kommunikation. Sehr oft hat man das Gefühl, dass der Stadtrat spontan auf etwas stösst, zum Beispiel das Casino oder die Leichtathletikanlagen wegen der Schweizermeisterschaften, von obskuren Reglementen überrascht wird wie zum Beispiel vom Vorsorgereglement für den Stadtrat, oder nicht weiss, wie er mit unerwarteten Geschäften umgehen soll, zum Beispiel eben die Neubewertung der Liegenschaften. Kommuniziert man das, kommuniziert man das nicht, nimmt man es ins Budget, nimmt man es nicht ins Budget? Und sich dann aus dieser Situation versucht, irgendwie durchzukämpfen und die Überlegungen zu rechtfertigen. Ein bisschen mehr Weitsicht wäre wünschenswert. Hier sind die nur 58 % Ja zum Budget und ein deutliches Nein zur Steuererhöhung ein klares Warnsignal. Das muss sich ändern. Der Stadtrat muss der Bevölkerung erklären können, dass Infrastruktur etwas kostet und wir in Zukunft an einer Finanzierung über einen angemessenen Steuersatz leider nicht vorbeikommen werden.

**Gemeinderat Fabio Bergamin (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:**

Unsere Fraktion hat den Geschäftsbericht und die Rechnung 2023 diskutiert. Besonders zu reden gaben folgende drei Punkte:

1. Die Rechnung der Stadtverwaltung Frauenfeld schliesst mit einem operativen Ergebnis von 7.8 Mio. Franken ab. Allerdings bekommen wir damit einen Gewinn ausgewiesen, der uns nicht in flüssigen Mitteln zur Verfügung steht, sondern ein reiner Buchgewinn ist. Wesentlich zu diesem Ergebnis beigetragen haben Aufwertungen von Liegenschaften und Grundstücken. Ohne diese Aufwertungen würde die Stadt die Rechnung 2023 mit einer mehr oder weniger schwarzen Null abschliessen. Obschon der Stadtrat den Turnus kennt, in dem die Liegenschaften und Grundstücke neu bewertet werden und damit rechnen musste, dass es im Rechnungsjahr zu substanziellen Aufwertungen kommen

würde, hat er diese nicht budgetiert. Es wäre schön gewesen, hätten wir diese Korrekturen schon im Budget erahnen können. Die Fraktion CH/GP/GLP ist der Ansicht, dass das Budget auf diese Weise verzerrt wird. Und sie vertritt die Haltung, wenn man solche Aufwertungen als Gewinn in der Rechnung ausweist, dann gehören sie auch ins Budget. Wir erwarten, dass der Stadtrat hier bereits für die nächste Budgetperiode mit einer transparenteren Lösung aufwartet.

2. Die beiden Bereiche Asyl und Schutzstatus S im Departement für Gesellschaft und Soziales schliessen mit einem Ertragsüberschuss von 1.17 Mio. Franken respektive 1.0 Mio. Franken ab. Im Bereich Asyl ist das auch darauf zurückzuführen, dass die Beiträge, welche die Stadt von Bund und Kanton für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen erhält, um 730'000 Franken höher ausgefallen sind als budgetiert. Auch wenn der Stadtrat in seiner Botschaft darauf hinweist, dass die Rechnung in den Bereichen Asyl und Schutzstatus S keine Vollkostenrechnungen sind, ist es unschön und könnte fast schon als anrühlich angesehen werden, dass in der Rechnung 2023 ein Überschuss von insgesamt 2.17 Mio. Franken in die Stadtkasse fliesst, anstatt dass er zu einem grösseren Teil den Flüchtlingen zugutekommt. In den letzten fünf Jahren verzeichnete die Stadt im Flüchtlingswesen jedes Jahr Ertragsüberschüsse zwischen 300'000 Franken und wie im vergangenen Jahr 2.17 Mio. Franken, in vielen Fällen verbunden mit um mehrere 100'000 Franken zu niedrig budgetierten Bundes- und Kantonsbeiträgen. Insgesamt landeten in diesen fünf Jahren 5 Mio. Franken als Überschüsse in der Stadtkasse statt bei den Flüchtlingen. Wir ersuchen den Stadtrat, in Zukunft realistischer zu budgetieren und auf der Ausgabenseite sicherzustellen, dass dieses Geld den Flüchtlingen zugutekommt. Möglichkeiten dazu gibt es viele, beispielsweise für Deutschkurse, andere integrationsfördernde Massnahmen oder zur Verbesserung der Unterbringungsqualität.
3. Zur Rechnung von Thurplus möchten wir anmerken, die Werkbetriebe schliessen mit einem Ertragsüberschuss von 4.6 Mio. Franken ab. Beim Gashandel verzeichnete Thurplus allerdings ein Defizit in Millionenhöhe. Thurplus hat zu viel Gas eingekauft. Weil Grossverbraucher zum Erzeugen ihrer Prozesswärme teilweise von Gas auf das klimaschädliche Erdöl umgestellt haben und weil der Winter vergleichsweise mild ausfiel, musste Thurplus das überschüssige Gas mit grossem Verlust am Markt verkaufen. Dieser Markt ist äusserst volatil und risikobehaftet. Weil Frauenfeld eine Gasstadt ist und über die nächsten 10 bis 15 Jahre eine bleiben möchte, wirkt sich diese Handelstätigkeit sehr stark auf das Geschäftsergebnis von Thurplus aus. Gleichzeitig hat Thurplus 2023 nur einen Drittel der geplanten Investitionen getätigt. Insbesondere beim Solarausbau ist Thurplus schwach unterwegs. Die Werkbetriebe sollten mittelfristig vom volatilen Gasgeschäft wegkommen und mehr in den Solarausbau investieren.

Zum Schluss möchte ich noch auf den Geschäftsbericht eingehen, der auch Teil der Botschaft ist. Unsere Fraktion begrüsst es, dass es einen solchen Geschäftsbericht gibt. Er ergänzt den Rechnungsabschluss. In der Rechnung sieht man, wie viel der Steuergelder wohin fliessen, im Geschäftsbericht kann man nachlesen, was die Stadt damit macht. Unsere Fraktion begrüsst es, dass der umfangreiche Geschäftsbericht nicht an alle Haushalte verschickt, sondern primär online zur Verfügung gestellt wird. Wir fragen uns aber, ob der grosse Aufwand, den die Stadt in den Geschäftsbericht steckt, genügend Wirkung erzielt oder ob der Geschäftsbericht noch stärker beworben werden müsste. Wir empfehlen dem Stadtrat ausserdem, die Möglichkeit zu prüfen, dass Interessierte eine gedruckte Version abonnieren

können, allenfalls auch eine gedruckte Kurzfassung, in der auf die Online-Langfassung verwiesen wird.

Im Namen der Fraktion CH/GP/GLP danke ich allen Mitarbeitenden unserer Stadt, die an der Rechnung und am Geschäftsbericht mitgewirkt haben, sowie allen Mitarbeitenden für die Arbeit, die sie täglich für uns leisten. Ein besonderer Dank geht an Reto Angehrn, Leiter Finanzamt, und sein Team. Reto Angehrn zeichnete sich in allem GPK-Sitzungen durch seine grosse Kompetenz aus und konnte unsere Fragen immer vorbildlich beantworten. Unsere Fraktion wird den Geschäftsbericht und die Rechnung 2023 einstimmig annehmen.

**Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die**

**Mitte/EVP:** Unsere Fraktion ist sehr erfreut über den überaus positiven Rechnungsabschluss 2023. Wer hätte 7.8 Mio. Franken Gewinn erwartet, wenn doch 4.4 Mio. Franken Verlust prognostiziert wurden? Wir lassen uns diese Freude auch nicht nehmen, auch wenn der Stadtrat an allen Ecken und Enden bei den positiven Buchungen die fehlende Nachhaltigkeit betont. Freuen wir uns doch. Und auf der negativen Seite könnte man von zum Glück fehlender Nachhaltigkeit sprechen. Zum Glück müssen wir nicht jedes Jahr 1.2 Mio. Franken zusätzlich für den Heimfall Reutenen bereitstellen oder 1.3 Mio. Franken für die Abwahl eines Stadtratsmitglieds. Also freuen wir uns. Zudem wurde bereits die erste Amortisation der Badi eingerechnet, obwohl die Badi erst dieses Jahr eröffnet wurde. Das ist leider für 30 Jahre nachhaltig. Wir sind aber auch überzeugt, dass die kalte und warme Progression insbesondere aufgrund der Teuerung und Lohnerhöhungen 2023 den Steuereinnahmen noch Potenzial nach oben geben wird. Als doch eher älteres Mitglied in diesem Rat erlaube ich mir die Bemerkung, dass ich mich fast in frühere Jahre zurückversetzt fühle. Da gab es auch immer Gewinne, und niemand wollte erklären können, wieso. Nur hatte man damals noch die Möglichkeit, die Gewinne in ausserordentlichen Amortisationen zu tarnen. Das führte auch dazu, dass mehr als 36 Mio. Franken Neubewertungsreserven im Finanzvermögen sind – neben dem nun 80 Mio. Franken kumulierte Jahresgewinne der Vorjahre. Zur Erinnerung betreffend Neubewertungsreserven: Gemäss Weisung des Kantons ist diese innert fünf Jahren gegen den Bilanzüberschuss aufzulösen. Innerhalb dieser fünf Jahre kann der Zeitpunkt frei gewählt werden, aber wir haben das vor uns. Wenn die Rechnung unserer Stadt gemäss Finanzhaushaltsgesetz über acht Jahre ausgeglichen sein muss, dann gibt der diesjährige Gewinn, unabhängig von den Begründungen, jedenfalls ein schönes Polster.

Diesen Frühling gab es eine doppelte Arbeitsbelastung mit dem Budget 2 und der Rechnung. Da gebührt insbesondere auch Reto Angehrn ein herzliches Dankeschön. Merci! Es ist toll, wenn man auf so kompetente und einsatzbereite Mitarbeitende zählen darf.

Es ist zu bedauern, dass weiterhin Kostenverschiebungen nötig sind. Das macht die Vergleichbarkeit schwieriger. Schön war, dass leider fehlende oder wenig aussagekräftige Erklärungen zu den einzelnen Budgetpositionen in der GPKs durchwegs spontan befriedigend ergänzt werden konnten.

Der Geschäftsbericht gefällt uns eigentlich. Wir sind erfreut, dass er nicht mehr in einer Grossauflage gedruckt wird – die Natur dankt. Wir fragen uns teilweise, ob er in diesem Ausmass nötig ist. Zur Information wäre allenfalls weniger mehr. Sicher hat er aber auch eine Funktion als internes Informations- und Führungsinstrument. Dafür wäre aber allenfalls auch

weniger Perfektion dienlich, und es könnten vermutlich viele Mann- und vielleicht auch Fraustunden oder Monate gespart werden.

Einsparungen beim Liegenschaftenunterhalt könnten auch schaden. Bitte im Auge behalten. Entsprechend natürlich auch die Frage, ob Liegenschaften nicht besser verkauft als renoviert würden.

Bei Thurplus gab es leider einen tiefen Umsetzungsgrad. Schade, aber gut begründet. Bedarf und Handel der verschiedenen nötigen Rohstoffe sind volatil. Das führt leider dazu, dass hier kurz zusammengefasst «wie gewonnen, so zerronnen» gesagt werden muss oder kann. Der letztjährige ausserordentliche Ertrag war dieses Mal ein ausserordentlicher Verlust. Das ist so volatil, dass man es eigentlich nicht richtig machen kann. Man kann nur hoffen, dass der Fehler sich lohnt und nicht schadet. Ein kleiner Trost jedenfalls. Herzlichen Dank vor allem aber an die Geschäftsleitung von Thurplus, die einen sehr guten Job macht.

Ähnlich schwierig ist es beim Sozialen. Da können auch überraschend positive Transfererträge eintreffen – ohne grossen Einsatz unsererseits. Die Stadt macht nicht viel Spezielles, und dennoch kommt viel Geld. Aber freuen dürfen wir uns und verdient haben wir das vermutlich auch, zum Beispiel durch effizientes Handling. Ein guter Beitrag an eine vermutlich defizitäre Vollkostenrechnung. Ansonsten hoffen wir, dass mit dem Finden von genügend qualifiziertem Personal die nötige Ruhe einkehrt.

Beim AZP haben wir mit 3 % die kleinste Abweichung von einer ausgeglichenen Rechnung, dafür aber leider mit dem falschen Vorzeichen, und das ist unschön. Wir müssen sehen, dass das Umfeld für das AZP schwieriger und sehr komplex geworden ist. Die Abhängigkeit von Temporärpersonal und Langzeitabsenzen machen zu schaffen. Das war im Prinzip voraussehbar. Im Budget wurde auch schon ein Verlust errechnet. Aber das Ausmass hat dann doch überrascht. Viele Pflegeheime schlossen 2023 mit grossen Verlusten ab, ganz abgesehen von anderen Akteuren im Gesundheitswesen wie Spitälern gar nicht zu reden. Wir dürfen aber feststellen, dass das AZP den Preisvergleich mit anderen Heimen in ähnlichen Grössen nicht scheuen muss und dort den Ursachen auf den Grund geht, wo Einfluss genommen werden kann. Die Fraktion Die Mitte/EVP ist zuversichtlich, dass die laufenden Rechnungsabschlüsse wieder ins Lot kommen. Mehr Bedenken haben wir betreffend Finanzierungsbedarf für Sanierung und Erneuerung.

Abschliessend möchten wir allen, die in die Erstellung des Geschäftsberichts und der Rechnung involviert waren, herzlich danken. Grundsätzlich aber auch allen Mitarbeitenden, die sich täglich für das Wohl der Stadt und ihre Bevölkerung einsetzen. Herzlichen Dank! Unsere Fraktion wird allen Anträgen einstimmig zustimmen. Ich bitte Sie, uns zu folgen.

**Gemeinderätin Kathrin Widmer Gubler (FDP), Referentin im Namen der Fraktion FDP:**

Die Rechnung der Stadtverwaltung schliesst mit einem Budgetüberschuss von 12.3 Mio. Franken. Es resultiert damit ein Gewinn von fast 8 Mio. Franken statt des prognostizierten Defizits von 4.5 Mio. Franken. Selbst ohne Sondereinflüsse würde ein positives Ergebnis resultieren. Wir nehmen das gern zur Kenntnis und sehen uns darin bestätigt, dass wir bereits letztes Jahr und auch dieses Jahr gegen die vom Stadtrat beantragten Steuererhöhungen gestimmt haben.

Die auch in der Vergangenheit gegenüber Budget immer wieder besser abschliessenden Rechnungen der Stadtverwaltung dürfen indes nicht länger darüber hinwegtäuschen, dass die Stadtfinanzen von Frauenfeld aus dem Lot sind. Die Fraktion FDP fordert gesunde Stadtfinanzen und damit die nachhaltige Sicherung des Haushaltsgleichgewichts. Der Stadtrat wird nicht darum herumkommen, zügig strukturelle Massnahmen in die Wege zu leiten, anstatt nur die Steuern erhöhen zu wollen. Die im Dezember 2023 angekündigte Plafonierung beim Personal- und Sachaufwand sowie bei den Investitionen greifen zu kurz. Gesunde Stadtfinanzen erfordern jetzt konkrete Massnahmen, die nachhaltig wirken und nicht bloss lineare Kürzungsvorgaben ohne Schwerpunktbildung. Eine Stadt ist inneren und äusseren Einflüssen ausgesetzt, die sich auf ihre Entwicklung und die Aufgabenerfüllung auswirken. Wir erwarten, dass die Exekutive ihre strategische Führungsverantwortung wahrnimmt und aufzeigt, wie die übertragenen Gemeindeaufgaben finanziert werden, wie gross der Handlungsspielraum für die Erfüllung von selbst gewählten Aufgaben ist und dass sie bereit ist, Varianten von Verzichtsplanungen vorzulegen. Der Fraktion FDP fehlt, wie mehrfach moniert, eine kohärente Gesamtstrategie mit klarer Priorisierung der Investitionsvorhaben sowie messbaren Zielen und Instrumenten zur Aufgabenüberprüfung. Um einen Titel aus der NZZ von letzter Woche zu zitieren: «Mehr finanzielle Führung gewünscht». Ich leite damit über zu den Kennzahlen.

Aufgabe der Jahresrechnung ist die Berichterstattung über die Aufgabenerfüllung und die Abbildung der Vermögens- und Schuldensituation. Die Stadt hat 2023 Nettoinvestitionen in der Höhe von rund 32 Mio. Franken getätigt. Im Departement für Bau und Verkehr konnten Investitionen im Rahmen von rund 6 Mio. Franken nicht realisiert werden, dafür wurden mit dem Neubau Schlossbadi Mehrausgaben von 5.4 Mio. Franken realisiert.

Die Rechnung 2023 weist in diversen Bereichen hohe, nicht budgetierte Kosten aus. Nicht abschliessend hervorheben möchte ich Rückstellungen für den Heimfall Reutenen. In der Rechnung 2019 wurden die latenten Verpflichtungen bei 12 Mio. Franken ausgewiesen. Neu werden diese mit +26 Mio. Franken ausgewiesen. Hier findet offenbar eine Bildung von Reserven über die nächsten 56 Jahre zulasten der Rechnung und somit des Steuerzahlers statt, um den möglichen Heimfall der Liegenschaft im Jahr 2075 zu finanzieren. Wir fragen uns, ob das Vorgehen das richtige ist.

Zu den Abschreibungen für die Schlossbadi findet hier unterjährig stillschweigend eine Praxisänderung statt. Und schlussendlich die Stadtkaserne: Die Stadtrechnung wird mit nicht budgetierten Kosten von 600'000 Franken belastet. Dies sind Vorinvestitionen, die das Finanzvermögen betreffen. Hierzu haben wir im Mai eine einfache Anfrage eingereicht. Für uns sind die Begründungen für diese Vorfälle insgesamt nicht transparent und nicht nachvollziehbar. Die Frage, wie eine Investition finanziert wird, ist entscheidend dafür, ob ein Vorhaben realisiert wird oder nicht. Im Idealfall kann eine Investition mit eigenen Mitteln, erwirtschaftet aus dem Betrieb, finanziert werden. Stehen nicht genügend Mittel zur Verfügung, muss der fehlende Betrag durch die Aufnahme von Fremdkapital, womit die Verschuldung steigt, oder durch die Verflüssigung von Finanzvermögen finanziert werden. Die Stadt Frauenfeld hat in den letzten acht Jahren rund 53 Mio. Franken mehr ausgegeben, als sie selbst erwirtschaftet hat. In der gleichen Periode hat die Verschuldung um 59 Mio. Franken zugenommen. Der Selbstfinanzierungsgrad der Stadt liegt mit unter 50 % weit weg von der minimal anzustrebenden 80%-Marke. Der Finanzierungsfehlbetrag gemäss Finanzierungsausweis beläuft sich für die Rechnung 2023 auf 18 Mio. Franken.

Dem Anhang zur Jahresrechnung ist zu entnehmen, dass die Stadt Frauenfeld ab 2025 in eine Nettoverschuldung läuft. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das bereitet uns ernsthafte Sorgen. Sich bei dieser Ausgangslage mit einer Plafonierung der Ausgaben zu begnügen, greift definitiv zu kurz. Wir wollen ein finanziell gesteuertes Frauenfeld, nicht eine durch Finanzzwänge reaktiv getriebene Stadt. Wir möchten daher gern wissen: Wo liegen die strategischen Prioritäten und wo sollen Kürzungen und Reduzierungen konkret erfolgen? Wie gross ist der verbleibende Handlungsspielraum für die Übernahme von selbst gewählten Aufgaben und wie sieht die Investitions-Roadmap aus?

Gegenüber der Rechnung 2021 sind die Personalausgaben in der Stadtverwaltung, bereinigt um die Nichtwiederwahlentschädigung, um satte 11 % gestiegen, dies obwohl wir dem Geschäftsbericht und der Botschaft zur Rechnung 2023 entnehmen, dass Investitionen und Projekte aufgrund von Personalmangel nicht umgesetzt werden konnten und ausgeschriebene Stellen unbesetzt blieben oder aufgrund von Langzeitabsenzen mit temporärem Personal gearbeitet werden musste. Ebenso entnehmen wir dem Geschäftsbericht, dass in verschiedenen Ämtern eine effiziente Aufgabenerledigung aufgrund inadäquater IT-Mittel erschwert ist. Sie kommen nicht umhin, der Tatsache in die Augen zu schauen: Die Stadt Frauenfeld hat nicht einmal alle Personalausgaben, wie sie diese budgetiert hatte, ausgegeben und verzeichnet trotzdem ein Wachstum von 11 % bei den Personalkosten. Gern möchten wir vom Stadtrat erfahren, wie er die Situation analysiert und was für Massnahmen er vorsieht, um seine Arbeitgeberattraktivität, die Mitarbeiterzufriedenheit und die Effizienz in den Prozessen zur Aufgabenerfüllung zu verbessern. Vor dem Hintergrund der Auftragserfüllung unter erschwerten Bedingungen möchten wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Frauenfeld, von Thurplus und dem AZP für ihren Einsatz und ihr Engagement für unsere Stadt danken.

Das betriebliche Ergebnis von Thurplus fällt um 1.6 Mio. Franken deutlich tiefer als erwartet aus, ebenso die Investitionen über alle Sparten. Die Erläuterungen dazu sind vor dem geopolitischen Hintergrund nachvollziehbar. Bis anhin hat Thurplus die Stadt mit Liquidität versorgt. Dieses Geschäftsmodell wird bald hinfällig sein. Die Einnahmen aus Gebühren werden sinken, und die Investitionen zunehmen. Im 16 Jahren fällt die Einnahmequelle Gas weg und die Fernwärme wird für die nächsten 20 Jahre ein Investitionsprojekt bleiben. Was aus Sicht Umwelt attraktiv ist, ist aus Sicht Finanzen herausfordernd. Wie geht der Stadtrat mit dem Thema Liquiditätsbedarf um? Wie sieht die Geldflussrechnung für die nächsten Jahre aus? Wie kann der gesamte Haushalt im Gleichgewicht gehalten werden, wenn nicht nur im steuerfinanzierten, sondern auch im gebührenfinanzierten Bereich Fehlbeträge resultieren?

Die Herausforderungen im Bereich Alter und Gesundheit sind komplex. Wir stehen vor einer doppelten demografischen Herausforderung. Zum einen werden die Menschen immer älter, was zu einer Zunahme von altersbedingten chronischen Krankheiten und hohem Pflegeaufwand führt. In Frauenfeld liegt zudem der Anteil der über 80-Jährigen über dem schweizerischen Durchschnitt. Zugleich fehlen auf dem Arbeitsmarkt junge Menschen für die Pflege und Betreuung. Der Erhalt einer qualitativ hohen und finanziell tragbaren Versorgung ist damit eine dringliche Herausforderung für unsere Gesellschaft. Das AZP agiert als unselbstständiger städtischer Betrieb nicht gut aufgestellt in diesem herausforderungsreichen Umfeld. Über alle Teilrechnungen sowie im Gesamtergebnis schliesst die Rechnung des AZP mit einem Verlust. Kostentreiber im AZP sind die Personalkosten, die 80 % der Ausgaben

ausmachen. Das Problem von Engpässen in der Pflege lässt sich nicht mit dem Ruf nach mehr Personal lösen. Der Arbeitsmarkt kann dieses gesuchte Personal schlicht nicht zur Verfügung stellen. Hier muss das AZP im engen Austausch mit den anderen Institutionen im Markt neue Lösungen finden, seine Prozesse effizient gestalten und die Potenziale der Digitalisierung nutzen, um die Bedingungen zu verbessern.

Die Rechnungen 2022 und 2023 weisen im AZP hohe Kosten für externe Beratungen auf. Dass das AZP seine Unternehmensstrategie überarbeitet und konkrete Handlungsfelder definiert hat, begrüßen wir. Wir erwarten, dass die Umsetzung der Massnahmen die Effizienz im Betrieb verbessert und in einem positiven Rechnungsabschluss 2024 Niederschlag findet. Ebenso erwarten wir eine Anpassung der Tarife, um das strukturelle Defizit auszugleichen. Die Fraktion FDP ist überzeugt, dass die Herausforderungen im Bereich Alter und Gesundheit eine umfassende und koordinierte Antwort von Politik, Gesundheitswesen und Gesellschaft erfordern.

Schliessen möchte ich mit einem Dank und einen Wunsch. Danken möchten wir noch einmal ausdrücklich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt, des AZP und von Thurplus für ihr Engagement und ihren Einsatz für unsere Stadt. Zum Wunsch: Wir wünschen uns, dass der Geschäftsbericht die wichtigen Geschäftsfälle und Besonderheiten kurz und klar zusammenfasst und den Fokus auf den Zusammenhang zwischen Strategie und Legislaturzielen und Finanzplan legt. Diese Informationen sind für die Analyse von Bedeutung. Den Anträgen des Stadtrats wird die Fraktion FDP zustimmen.

**Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP):** Sie haben zum Teil mit dem Dank an die Mitarbeitenden begonnen oder aufgehört. Ich möchte diesen Dank gern entgegennehmen und weiterleiten, vor allem weiterleiten auch nach diesen sechs Monaten ohne genehmigtes Budget. Es war eine anstrengende Zeit auch für die Mitarbeitenden, insbesondere für die Amtsleitenden und für den Finanzchef im Besonderen. Deshalb an dieser Stelle ganz herzlichen Dank auch von meiner Seite.

Ja, eine Rechnung liegt vor. Sie haben es gesagt und in Ihrer mehrheitlich differenzierten Beurteilung auch aufgezeigt, die Abweichungen sind gross. Sie konzentrieren sich allerdings auf wenige Positionen. Wenn wir sehen, wie viele Hunderte bis Tausende Konten wir führen, kann man sagen, wir haben in drei Departementen, was die Ausgaben betrifft, fast eine Punktlandung gehabt, also sehr nahe an der Realität budgetiert. Natürlich in einzelnen Konten ein bisschen mehr, in anderen ein bisschen weniger, aber übers Ganze gesehen in drei Departementen sehr genau und in zwei Departementen Abweichungen, die auf ganz wenige Positionen zurückzuführen sind.

Bei den Einnahmen, das haben Sie auch gesagt, sind die Abweichungen an zwei Orten recht markant ausgefallen, und Sie haben auch schon den einen oder anderen Wunsch oder die eine oder andere Ansicht dazu vertreten. Ich nehme gern darauf Bezug.

Zum einen wurde auf die Planung Bezug genommen. Es wurde die Frage gestellt, ob das ein wunder Punkt sei, dass die Planungen immer abweichen. Nun, das ist nicht etwas Aussergewöhnliches für die Stadt Frauenfeld. Es ist auch nicht aussergewöhnlich für andere Körperschaften im Kanton. Was der Kanton allerdings in der Vergangenheit zunehmend gemacht hat ist, dass er aus der Schublade ein Projekt genommen und das hineingeschoben

hat, damit man näher an das budgetierte Investitionsvolumen kommt. Um solche Planungen für die Schublade zu machen, die man dann jederzeit ziehen und rasch wieder herausnehmen kann, braucht es Personal. Dieses Personal haben wir nicht, deshalb ist es auch schwierig, diese Planungsgenauigkeit mit alternativen Projekten, die sozusagen auf Halde liegen, aufzuwiegen.

Was die Folgebewertungen betrifft, ist das tatsächlich ein schwieriges Thema. Ich habe es wie Gemeinderat René Gubler, das ist eine Sonderbarkeit aus HRM2, dass man das erfolgswirksam in die Rechnung schreiben muss, obwohl es reine Buchgewinne sind. Nicht realisiert, und man weiss auch nicht, ob es je realisiert werden kann. Nichtsdestotrotz müssen wir Aufwertungen erfolgswirksam einbuchen. Im Übrigen auch Abwertungen, es könnte noch lustig werden, wenn es einmal in die andere Richtung gehen würde. Das haben wir in der Vergangenheit auch schon gehabt. Man muss nicht einmal 20 Jahre zurück, und es war der Fall. Da gibt es also eine Volatilität, die uns überhaupt nicht angenehm ist, die wir aber auch nicht voraussehen können. Und, und das möchte ich doch ganz deutlich sagen, sobald wir Kenntnis davon hatten, haben wir Sie hier informiert. Wir haben Sie zwischen dem ersten Durchgang Budget 2024 und den zweiten Durchgang Budget 2024 darüber informiert. Wir haben nicht nur Sie informiert, wir haben auch die Öffentlichkeit informiert. Das sei an dieser Stelle klar festgehalten. Sie haben also bei der zweiten Durchführung des Budgets nach der Rückweisung davon Kenntnis gehabt, Sie haben es zu diesem Zeitpunkt nicht gross benannt. Die Protokolle aus der Ratsdebatte haben keine grossen Bemerkungen in diesem Bereich aufgezeigt. Nun, wir sind uns einig, dass das unschön ist. Ob es nun im Budget irgendeine Prognose gibt oder in der Rechnung irgendetwas, was dann aufgrund von tatsächlich stattgefundenen Bewertungen hineingeschrieben wird – es ist an beiden Orten nicht ideal. Aber es ist eine Notwendigkeit, dass wir es spätestens in der Rechnung ausweisen. Wir überlegen uns in diesem Zusammenhang die Transparenz, die Sie gefordert haben, zu erstellen. Allerdings in meiner Perspektive nicht im Budget, auch in der Perspektive von Reto Angehrn nicht ins Budget hineinzuschreiben, aber bei der Budgetierung Ihnen zu sagen, wir stellen diese Liegenschaften wieder zum Schätzen hinein, und das kann in grösserem oder kleinerem Ausmass zu Anpassungen führen. Das werden wir dann jeweils abschätzen aufgrund des Portfolios, das wir zur Schätzung geben. Also insofern eine Transparenz schaffen ja, aber ob das im Budget oder in der Rechnung ist, es ist an beiden Orten nicht ideal, weil schwierig zu kommunizieren. Sie haben es selber genannt.

Mehr Weitsicht beim Budgetieren war das Thema von jemandem, und jemand anders hat zahlreiche Erwartungen an die Finanzstrategie der Stadt gerichtet. Ja, das haben wir seitens Stadtrat in der Vergangenheit durchaus auch immer wieder thematisiert. Ich erinnere Sie an die Beantwortung der Interpellation Bernold. Wir haben damals schon gesagt, uns fehlen die Instrumente. Wir haben Ihnen oder Ihren Vorgängerinnen und Vorgängern hier im Rat damals schon gesagt, dass wir dazu einen aufwändigen Prozess starten müssen. Im Übrigen haben wir das jetzt bei der Beantwortung der Motion Widmer Gubler und Vontobel wieder aufgeführt. Ja, wir haben nicht diese Instrumente und wenn wir das wollen, dann müssen wir einen sehr aufwändigen Prozess starten. Einen Prozess, den wir mit Ressourcen und zwar auch Menschen bewältigen müssen, und da hilft es natürlich wenig, wenn dann im Budgetprozess externe Fachpersonen um zwei Drittel hinausgestrichen werden. Diese kleine Spitze erlaube ich mir an dieser Stelle.

Sie haben noch einige Worte zum Geschäftsbericht gesagt. Für die einen ist der Geschäftsbericht zu lang, für die anderen nicht gerade das richtige Format, für wieder andere zu wenig beworben, für andere zu kurz. Es hat einmal ein sehr berühmter Schriftsteller gesagt: «Ich schreibe Ihnen einen langen Brief, denn ich hatte keine Zeit, einen kurzen zu schreiben.» Das ist tatsächlich so. Wenn man es noch mehr verdichten möchte, wird es nicht einfacher, sondern es wird aufwendiger, und man muss sich noch mehr Zeit nehmen. Unsere Mitarbeitenden schreiben den Geschäftsbericht mit einigen Vorgaben bezüglich Länge, und es liegt in der Natur der Sache, dass die einen dann doch gern ihre Arbeit auch nach aussen präsentieren möchten. Vor allem jene, die Arbeiten machen, die nicht so wahnsinnig nach aussen dringen. Das ist auch wichtig, weil umgekehrt auch oft die Frage kommt, was dieser oder jener eigentlich macht und ob es diese Stelle überhaupt braucht. Sie kennen die Fragen selber, weil Sie diese auch schon gestellt haben. Deshalb ist es meines Erachtens wichtig, dass wir das aufzeigen. Man kann immer ändern, und wir sind in einem stetigen Prozess, das auch zu diskutieren. Wir sind an sich der Meinung, dass der Geschäftsbericht auf jeden Fall schön gestaltet ist und lesbar gemacht worden ist, aber wir haben vielleicht Potenzial – oder wir haben immer Potenzial, das haben wir sowieso immer.

Die IKT-Situation wurde angesprochen. Das ist wirklich ein Thema. Die Arbeitgeberattraktivität wurde von Kathrin Widmer Gubler angesprochen. Das ist ein Thema, welches uns auch beschäftigt. Neben der Finanzstrategie und den finanziellen Herausforderungen ist auch das Halten, das Behalten, das gute Zusammenarbeiten mit den Mitarbeitenden etwas sehr, sehr Zentrales und Wichtiges. Wir hoffen natürlich darauf, dass dies auch von der Bevölkerung gesehen und verstanden wird, wenn wir dann im September über die IKT-Botschaft abstimmen werden.

Dann sind wir beim Punkt, den Sie auch immer wieder genannt haben, der Kommunikation. Wir führen eine sehr aufwändige Kommunikation. Wir versuchen immer wieder, verständlich zu machen, was wir machen und wie wir es machen. Es kommt nicht immer an. Die Frage ist, ob das Verschulden auf unserer Seite liegt oder ob es auf der Empfängerseite liegt. Wahrscheinlich auf beiden Seiten. Wir versuchen es und werden auch immer die Kommunikation anpassen, entsprechend dem, was es auf der anderen Seite für Reaktionen gibt. Wichtig ist, dass man offen kommuniziert, und das schätze ich sehr auch hier im Rat. Sie haben uns offen und kritisch konstruktive Rückmeldungen gemacht, dafür bedanke ich mich bei Ihnen sehr herzlich, auch für den Aufwand, den Sie betrieben haben, um sich durch diese 400 Seiten mit Zahlen, Zahlen und nochmals Zahlen hindurchzukämpfen. Vielen Dank und ich bin gespannt auf allfällige weitere Detailberatungspunkte.

**Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP):** Es folgt nun die Beratung nach Departementen. Hier beraten wir zuerst die Erfolgsrechnung sowie die Investitionsrechnung.

Departement 1, Finanzen und Zentrales (laufende Rechnung, Register 3, Seiten 138 bis 181, Investitionsrechnung, Register 2, Seiten 62 bis 65)

**Gemeinderätin Severine Hänni (SVP), Referentin im Namen der GPK Finanzen und Administration:** Botschaft. Als Erstes wurde auf die fehlende Budgetierung für die Kosten der Stadtkaserne hingewiesen. Dies wird als störend empfunden.

Investitionsrechnung: Hier wurde vor allem über die Kosten der Schlossbadi diskutiert. Die Kosten bis Ende 2023 beliefen sich auf 36.76 Mio. Franken, und das Total wird bei 39.8 Mio. Franken (+/- 10 %) liegen. Angemerkt wurde auch, dass die Schlossbadi den Umsetzungsgrad der Investitionen verzerrt. Ohne diese Investition wäre der Umsetzungsgrad signifikant tiefer.

Erfolgsrechnung: Die GPK stellte einige Fragen zu verschiedenen Konten, ich möchte nur die wichtigsten aufgreifen.

#### S. 138 / 1000.3010.00 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

Hier wurde angemerkt, dass wenig hilfreiche Erläuterungen wie «zu tief budgetiert» vermieden werden. Die Abweichung wurde damit begründet, dass 2023 Stadt- und Gemeinderatswahlen stattfanden. Ich persönlich bin ja froh, wenn man etwas mehr Kosten in die Auszahlung steckt. Die Mitarbeitenden der Stadt erhalten dieselbe Vergütung von 50 Franken pro Stunde wie die gewählten Wahlbüromitglieder. Es gilt also nicht als Arbeitszeit, sondern wird separat vergütet. Ein GPK-Mitglied monierte das Missverhältnis zwischen dem Lohn der Wahlbüromitglieder, welche 50 Franken pro Stunde verdienen im Gegensatz zu uns Gemeinderäten mit 130 Franken pro Sitzung. Dies natürlich absolut zu Recht.

#### S. 141 / 1200.3064.00

Hier wurde nach der Handhabung der Überbrückungsrente gefragt. Uns wurde erläutert, dass die Auszahlung aktuell monatlich erfolgt. Sobald der Verzicht auf einen Teil der Rente offiziell erfolgt, werden die bislang ausgezahlten Beträge gegenverrechnet. Was letztlich nicht ausbezahlt werden muss, fließt in die Rechnung 2024 über die Erfolgsrechnung wieder zurück in die Stadtkasse.

Ein GPK-Mitglied merkte an, dass die Rechnung 2023 von mehreren solchen ausserordentlichen Ausgaben geprägt sei, auch mit der Rückstellung für den Heimfall Reutenen, was das Jahresergebnis verfälscht.

#### S. 145 / 1230.3100.00 Büromaterial

Hier sind auch die Kosten für die Druckermiete enthalten. Dank der neuen Follow-me-Lösung konnten einige Geräte und somit Kosten eingespart werden.

#### S. 157 / 1414.3119.00

Hier wurde nach den nicht budgetierten Kosten für die Anschaffung der Moveart-Bank gefragt. Die Moveart-Bank wurde im Zusammenhang mit dem Innenstadtprojekt evaluiert. Aufgrund der positiven Wirkung hat der Stadtrat nach der Miete den Kauf in eigener Finanzkompetenz getätigt.

#### S. 166 / 1711.3010.00

Uns wurde erläutert, dass die Mehrkosten durch temporäre Pensenerhöhungen, basierend auf den Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzung des revidierten Gastgewerbegesetzes, verursacht wurden.

S. 228 / 3120.3200.40

Hier wurde gefragt, weshalb die Abschreibungen der Schlossbadi nicht budgetiert wurden. In der bisherigen Vorgehensweise sei man davon ausgegangen, dass Abschreibungen erst erfolgen können, wenn die Anlagen vollständig abgerechnet sind und damit die Nettoinvestitionen feststehen. Technisch hat man inzwischen eine Lösung gefunden, die Abschreibungen mit dem Nutzungsbeginn vorzunehmen. Allfällige weitere Abrechnungen können im Folgejahr aufgerechnet werden.

Als generelle Anmerkung wurde gebeten, dass bei grösseren Umverteilungen zwischen den Konten zumindest im Zielkonto eine Auflistung der Umverteilungen gemacht wird.

In der Bilanz fallen vor allem die gesunkenen flüssigen Mittel negativ auf. Weiter wurde nach der Vorfinanzierung für die Schlossbadi gefragt. Die Auflösung wird analog der Nutzungsdauer erfolgen. Hier gibt es noch technische Probleme beim Buchhaltungssystem, welche aktuell eruiert werden.

Zu den Neubewertungsreserven wurde uns erläutert, dass dies mit der Umstellung von HRM1 auf HRM2 zu erfolgen hatte, ebenfalls in fünf Jahrestrenchen wie nun die Folgebewertung. Während die Folgebewertungen aber direkt in der Erfolgsrechnung wirksam sind, sind die Neubewertungen vorerst nur in der Bilanz parkiert. Innert zehn Jahren ab 2015 fliessen sie in die Bilanzüberschüsse oder können gegebenenfalls einer Nutzung im Sinn einer Vorfinanzierung zukommen. Das ist aber noch in Abklärung.

Beim Anhang wurde gefragt, warum unbebaute Grundstücke abgeschrieben werden. Dies ist eigentlich unüblich. Dies wurde uns mit HRM2 begründet. Weiter wurde nach dem Fahrplan bezüglich IKS gefragt. Das Thema soll dieses Jahr dank den personellen Aufstockungen angegangen werden.

Beim Revisionsbericht wurde nach der Notwendigkeit der externen Revisionsstelle gefragt. Diese Abklärung habe ich als fast letzte Handlung als Gemeinderätin gern gemacht und kann nun sagen, dass dies auf der Gemeindeordnung Art. 55 basiert. Dieser verlangt die Prüfung durch eine private Revisionsorganisation. Es macht durchaus Sinn, dass die Prüfung durch fachlich ausgebildete Revisoren erfolgt. Dies ist eine ideale Ergänzung zur RPK.

Die Anträge 1, 2 und 2.1 wurden in der GPK einstimmig angenommen.

Keine Wortmeldungen.

Departement 3, Bau und Verkehr (laufende Rechnung, Register 3, Seiten 181 bis 222, Investitionsrechnung, Register 2, Seiten 65 bis 77)

**Gemeinderat Niklaus Briner (SVP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke:** Die GPK Bau und Werke hat sich anlässlich der Sitzung vom 22. Mai 2024 mit der Rechnung 2023 befasst. Herr Martin Wyss hat an dieser Sitzung den krankheitshalber abwesenden Reto Angehrn kompetent vertreten und zu gestellten, nachfolgend zusammengefassten Fragen Auskunft erteilt.

Zur Botschaft: Die viel besprochene Rente von Alt-Stadtrat Andreas Elliker wurde nach den geltenden Vorschriften der Rechnungslegung abgegrenzt. Eine angestrebte Vereinbarung würde zu einer positiven Korrektur führen.

Viel zu reden gab auch bei uns die Neubewertung der Grundstücke und Liegenschaften, welche die Rechnung bekanntermassen frisch eingefärbt, aber damit nicht verschönert hat. Es wurde diskutiert, ob sich abzeichnende Auswertungen bereits in der Budgetphase zu berücksichtigen seien. Aus Gründen des Vorsichtsprinzips ist dies aber so zu belassen. Hingegen könnte man im Budget auf sich abzeichnende Wertkorrekturen hinweisen, welche ja durchaus einmal negativ ausfallen könnten, und damit eben dann Aufwand generieren.

Auch die Stadtkaserne mit den wenigen und unübersichtlich budgetierten Beträgen, aber mit in der Rechnung zentral abgebildeten Kosten wurde zum Thema. Die Kaserne wurde ins Finanzvermögen überführt, diesen Vorgang wollte man in der GPK erklärt haben. Die Anlage wurde von Beginn weg dem Finanzvermögen zugewiesen.

Wie offenbar auch in anderen GPKs tauchte die Frage nach dem Abschreibungsbeginn der Schlossbadi auf. Es waren 2023 noch gar keine Abschreibungen budgetiert, trotzdem wurden welche vorgenommen, dies obschon die Eröffnung bekanntermassen erst 2024 stattfand.

Zur Investitionsrechnung: Der von einem GPK-Mitglied angefragte Rückstand bei der Richtplanung wurde widerlegt und erklärt.

Auch in unserer GPK wurden Fragen zum Heimfall der Überbauung Reutenen gestellt, welche mit E-Mail an alle Gemeinderäte zwar erst vorgestern, aber trotzdem einigermaßen beantwortet wurden.

Zur Erfolgsrechnung: Es wurden sehr viele Detailfragen gestellt, auf die ich an dieser Stelle nicht im Einzelnen eingehen möchte. Nachfolgend die wichtigsten Themenkreise:

Parkplatzbewirtschaftung: Es sind markant divergierende Beträge bei den mehrwertsteuerpflichtigen zu den eben nicht mehrwertsteuerpflichtigen Posten festgestellt worden. Die Aufwendungen für das Smart-Parking-System sind andiskutiert worden, diese sind aber nicht steuerfinanziert.

Mit dem Wechsel des Stadtbusbetreibers und den allseits bekannten Einsprachen gegen den Vergabeentscheid haben sich ebenfalls diverse Differenzen und Verschiebungen zum Budget ergeben. Klarheit herrscht erst jetzt mit dem Abschluss dieses Rechtsfalls.

Ebenfalls im Zusammenhang mit einem Systemwechsel stehen die Einnahme- und Vergütungsdifferenzen zusammenhängend mit dem Stadtbus. Hier war die Budgetierung zu ungenau.

Aufgrund der verspäteten und unterjährigen Inbetriebnahme der Tierkörpersammelstelle anstelle des dafür vorgesehenen Ganzjahresbetriebs sind die Beträge der Gemeinden für die Amortisation der Anlage tiefer ausgefallen.

Zu den Revisions- und Geschäftsberichten gab es schliesslich keine Fragen oder Bemerkungen. Die GPK Bau und Werke stimmt den Anträgen 1, 2 und 2.1 der stadträtlichen Botschaft mit Bezug auf das DBV einstimmig und ohne Enthaltungen zu.

Keine Wortmeldungen.

Departement 3, Thurplus, Freizeit und Sport (laufende Rechnung, Register 3, Seiten 222 bis 239, Investitionsrechnung, Register 2, Seiten 77 bis 79)

**Gemeinderat Luc Pizzini (CH), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen:** Die GPK bedankt sich für die geleistete Arbeit aller Beteiligten. Für die Präsentation der Rechnung waren der zuständige Stadtrat Fabrizio Hugentobler und der Leiter des Amtes für Freizeit und Sport, Roman Brülisauer, anwesend.

Die Rechnung von Freizeit und Sport zeigt nur wenige Abweichungen und Überraschungen. Der grösste Diskussionsbedarf herrschte eindeutig bei der Schlossbadi. Bei der Schlossbadi waren durch die verspätete Öffnung die Betriebskosten nicht so hoch wie erwartet. Frisches Wasser und die Beheizung konnten so eingespart werden, ebenfalls konnte ein wenig beim Personal eingespart werden. Personen mit einer Festanstellung wurden teils mit anderen Aufgaben beschäftigt. Diejenigen, welche im Stundenlohn angestellt sind, was vor allem Reinigung und Kundenbetreuung betrifft, arbeiteten weniger. Durch die verspätete Öffnung waren jedoch auch die Erträge nicht so hoch wie budgetiert. Die Schlossbadi lief auf Anfrage gut an, im Vergleich zu 2019 hat man etwa einen Drittel mehr Besuchende. Das Freibad leidet aktuell noch unter dem schlechten Sommer. Die Abrechnung der Schlossbadi verzögert sich durch die verspätete Eröffnung ebenfalls und wird mit ziemlicher Sicherheit erst 2025 fertig sein. Voraussichtlich wird der Bau jedoch etwa 45 Mio. Franken kosten und somit 14 % teurer sein als erwartet. Die Gründe sind bekannt und hängen in erster Linie mit den teureren Baumaterialien zusammen sowie Engpässen aufgrund der Blockierung des Suezkanals. Bezüglich der Badi kam noch die Frage auf, weshalb auf Konto 3120 keine Abschreibung eingeplant war, dieser wurde jedoch bereits von Gemeinderätin Severine Hänni erklärt.

Ein Mitglied aus der Kommission vermeldete, dass der Neubau und die Sanierung des Schulhauses Schollenholz, welches im gleichen Zeitraum erstellt wurde, 0.5 Mio. Franken unter Budget abschliessen konnte. Es wurde nachgefragt, wie dies im Vergleich zur Schlossbadi möglich gewesen sei. Seitens des Stadtrats wurde entgegnet, man kenne diesen Bau nicht, jedoch sei dieser weniger mit Technik ausgerüstet. Zudem wurde von einem Kommissionsmitglied ergänzt, dass der Neubau schon viel früher abgeschlossen wurde und dadurch nicht unter den enormen Teuerungen der letzten zwei bis drei Jahre leidet.

Aus der Kommission wurde zudem nachgefragt, weshalb abgesehen von der Schlossbadi die Investitionen nicht wie geplant durchgeführt wurden. Es wurde entgegnet, das liege zum Teil an der Personalsituation. Man habe ein stabiles Team und keine Fluktuation, jedoch reiche das Personal lediglich aus, um das tägliche Business aufrechtzuerhalten, und nicht um Projekte zu lancieren. Einige Projekte seien nur mit externer Beratung realisierbar. Zudem probiere man, den Sparwillen der Bevölkerung umzusetzen. Je nach Dringlichkeit und Einschätzung würden Baustellen noch hinausgezögert. Ein Beispiel dafür sei die Absperrung auf dem Dach der Kleinen Allmend. Dies sei für das Zentrum nicht notwendig und müsse von

Veranstaltern nun selbst in einer provisorischen Form bezahlt werden, falls man das Dach zum Beispiel als VIP-Lounge nutzen möchte. Das Konzept leide ebenfalls unter den Streichungen von Stellen und könne dieses Jahr nicht weitergeführt werden.

Eine weitere Frage war, weshalb im Marketing doppelt so viel Geld gebraucht wurde wie im Vorjahr. Es wurde rückgemeldet, dass dies oft variere. Hauptsächlich fallen hier Kosten für Flyer an. So wurde zum Beispiel im letzten Jahr wieder Geld für die Werbung der Schlossbadi ausgegeben.

Ein weiterer kleiner Punkt waren die Kosten auf der Eisbahn und ob dies mit dem neuen Besitzer der Wirtschaft zu tun habe. Dies wurde so bestätigt. Viele Kleinigkeiten, welche man vorher noch lassen konnte, musste für die neue Besetzung wieder auf einen gewissen Standard gebracht werden.

Die GPK sieht ein, dass es mit dem aktuellen Sparwillen und Personal schwierig ist, alle Projekte umzusetzen und kleinere Dinge aussen vor gelassen werden. Dennoch sind sich einige in der Kommission einig, dass dies ein Zustand ist, welcher nicht so weitergehen kann und man abgesehen von den grossen Projekten in die Freizeitinfrastruktur der Stadt investieren muss und soll.

Die GPK stimmt der Rechnung zu.

Keine Wortmeldungen.

Departement 4, Alter und Gesundheit (laufende Rechnung, Register 3, Seiten 239 bis 246, keine Investitionsrechnung)

**Gemeinderätin Kathrin Widmer Gubler (FDP), Referentin im Namen der GPK**

**Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen:** Ziel der GPK-Sitzung (GGF) vom 28. Mai 2024 war ein dreifaches. Wir wollten erstens einen Einblick in die Trends und Entwicklungen im Bereich Alter und Gesundheit erhalten, wir wollten zweitens ein gemeinsames Verständnis für die Finanzierungsmechanismen in den Bereichen Krankenkasse und AHV, IPV (individuelle Prämienverbilligung) sowie in die Bereiche der ambulanten und stationären Pflegefinanzierung entwickeln und erhalten und drittens schlussendlich die Erfolgsrechnung 2023 besprechen.

Zu den Trends und Entwicklungen im Bereich Alter und Gesundheit informierte Stadträtin Regine Siegenthaler einleitend über die Herausforderungen in diesem Bereich: Knappheit von Altersheimplätzen, die eine Anpassung der Planung erforderten, neue Pflegemodelle, die eine bessere Abstimmung zwischen ambulanten und stationären Angeboten ermöglichten, das Thema Einsamkeit, das ein Risikofaktor für die psychische und physische Gesundheit sei und eine verstärkte soziale Integration forderten sowie das Thema Wohnen im Alter. Stadträtin Regine Ziegentaler hob hervor, dass in diesen Bereichen in den nächsten Jahren grosse gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen sein werden und betonte, dass Weichen für notwendige Entwicklungen und Investitionen bereits heute zu stellen seien. Deshalb werde das Alterskonzept über- und aufgearbeitet. Dies solle die Bedürfnisse der älteren Menschen und die Rolle der Stadt klären und als strategischer Überbau die Grundlage für alle Vorhaben und Projekte sowohl im Departement 4 als auch im Alterszentrum Park sein.

Weiter stellten Stadträtin Regine Siegenthaler und Urban Kaiser im Schwerpunktbereich Wohnen im Alter das Projekt Wohnen mit Siedlungsassistenz vor, ein Projekt, das sie zusammen mit einer Stiftung und einer Fachhochschule lancieren wollten, um im Rahmen von Projektlabors Antworten auf die vielfältigen und verschiedenen Wohnanfragen zu erarbeiten. Ziel sei, eine gewisse Multiplikationswirkung zu erzielen und das Projekt auch für andere Städte nutzbar zu machen. Die GPK interessiert sich sehr für dieses Projekt und wird sich nach den Sommerferien vertieft damit auseinandersetzen.

Finanzierungsmechanismen: Im KVG-Case-Management, einem sehr komplexen Gebilde, erläuterte Urban Kaiser, wie die Finanzierung von Personen auf der schwarzen Liste funktioniert, die ihre Krankenkassenprämien nicht bezahlen könnten. Hierbei übernehme die Stadt drei Aufgaben: Information und Beratung, Management der Verlustscheine und schliesslich Buchhaltung und Inkasso. Der Bereich IPV (individuelle Prämienverbilligung) sei ein absolut gebundener Bereich. Hier könne die Stadt keinen Einfluss nehmen. Gesamthaft würden im Kanton rund 160 Mio. Franken an IPV ausbezahlt, der Anteil der Stadt Frauenfeld liege bei rund einem Zehntel davon. In Frauenfeld beziehe rund ein Viertel der Bevölkerung IPV.

Auch in der ambulanten Pflegefinanzierung seien die Kosten zu 100 % gebunden. Der wichtigste Teil sei Spitex, daneben gebe es noch 20 andere Organisationen, darunter zwei Tageszentren, die einen Anteil der ambulanten Versorgung ausmachten. Von allen Kosten übernehme der Kanton 40 % jeweils auf der Datengrundlage des Vorjahres.

Die stationäre Pflegefinanzierung funktioniert über einen kantonalen Verteilschlüssel, der abhängig von der Performance der Institutionen die Prokopfbeiträge festlegt.

Erfolgsrechnung 2023: Diese schliesst knapp unter Budget. Gegenüber der Rechnung 2022 weist die Rechnung einen Mehraufwand von 600'000 Franken aus, was einem Aufgabenwachstum von 8 % entspricht. Es ist davon auszugehen, dass die Kosten in den kommenden Jahren in diesem Bereich weiter steigen werden. Die grössten Verschiebungen finden sich im Bereich Prämienverbilligung und Übernahme von Prämienausständen (Konto 4122) sowie in den Bereichen Beiträge für ambulante und stationäre Betreuung (Konten 4140 und 4141). Aufgrund der Finanzierungsmechanismen verfügt die Stadt hier grundsätzlich über keinen Handlungsspielraum. Für Weitergehendes erlaube ich mir, auf das Protokoll der GPK-Sitzung vom 28. Mai zu verweisen.

Die GPK dankt allen Mitarbeitenden des Departements 4 für ihre Arbeit und ihr Engagement und nimmt die Rechnung 2023 so zur Kenntnis.

**Stadträtin Regine Siegenthaler (Die Mitte):** Wenn wir über das Alter im Departement Alter und Gesundheit sprechen, sprechen wir über wichtige gesellschaftliche Themen, die uns als Stadt beschäftigen werden und auf die wir Antworten finden müssen. Nur mit frühzeitiger Planung und mit Projekten schaffen wir es, dass auch in zehn Jahren die Menschen in Frauenfeld noch zufrieden älter werden können. Zu den Aufgaben der Stadt gehören gemäss kantonalem Gesundheitsgesetz die ambulante Kranken- und Gesundheitspflege sowie die Hilfe und Betreuung zu Hause. Das betrifft vor allem, aber nicht nur das Alter. Wir haben aufgrund der Zahlen der Dienststelle für Statistik die Entwicklung der Anzahl Personen mit Alter über 80 Jahren angeschaut. Im Vergleich zum Jahr 2020 wird

sich diese Zahl in unserer Stadt bis 2040 verdoppeln. Es werden in 15 Jahren voraussichtlich fast 3000 über 80-Jährige bei uns in Frauenfeld leben. Diese Entwicklung zeigt etwas ganz deutlich. Wir werden die Aufgabe zu erfüllen haben, diesen Personen die Pflege, Betreuung und Unterstützung zukommen zu lassen, die sie nötig haben. Und dies unter der Vorgabe «ambulant vor stationär». Menschen müssen so lange wie möglich zu Hause bleiben und leben können, sonst füllen sich die Heime zu schnell. Entsprechend muss sehr, sehr viel im ambulanten Bereich geschehen. Für die Zahlen und kommenden Budgets bedeutet dies, dass wir weiterhin mit steigenden Kosten sowohl im ambulanten wie im stationären Bereich rechnen müssen. Das verlangt nach strategischen Überlegungen, das verlangt nach einer Überarbeitung des städtischen Alterskonzepts, mit der wir begonnen haben. Es dient als Grundlage für sämtliche Projekte in meinem Departement. Dabei können wir uns auf eine gute Vorlage des vorliegenden und weiterhin gültigen Konzepts stützen. Die Stadt will sich dabei noch nachhaltiger für zufriedenes Wohnen im Alter einsetzen. Dazu gehört, dass wir den verschiedenen Bedürfnissen beim Wohnen und nach sozialer Eingebundenheit in angemessener Weise begegnen. Es sollen konkret mehr Wohnmöglichkeiten geschaffen werden, vor allem auch im preisgünstigen Segment. Dazu braucht es vielfältige weitere Unterstützungsmöglichkeiten. Es gibt hier zum Glück viel private Initiativen, Projekte und Interessensbekundungen. Und Alterswohnen ist auch ein Markt. Wir sind daran, in einem grösseren Projekt – Gemeinderätin Widmer Gubler hat es bereits erwähnt – ein Konzept zu entwickeln, wie die Stadt mit diesem Thema umgeht, welche Rolle sie einnehmen soll und wie sie Unterstützung und Förderung gewährt. Es geht darum, dass wir Einfluss auf die Entwicklung nehmen können. Ich bin froh, wenn Sie mich in diesem Vorhaben unterstützen.

Departement 5, Gesellschaft und Soziales (laufende Rechnung, Register 3, Seiten 246 bis 266, keine Investitionsrechnung)

**Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen:** Stadträtin Barbara Dätwyler hat gemeinsam mit dem Amtsleiter Soziale Dienste, Olaf Rühlemann, zur Rechnung informiert, Amtsleiter Markus Kutter war entschuldigt.

Das Departement Gesellschaft und Soziales schliesst die Rechnung 2023 erfreulicherweise rund 1.8 Mio. Franken unter Budget ab. Grund dafür ist einerseits ein unerwartet hoher Beitrag des interkantonalen Ausgleichs, nämlich 2.3 Mio. Franken statt 1.6 Mio. Franken. Sie finden den Betrag auf Seite 249. Andererseits fielen auch diverse Zahlungen von Bund und Kanton höher aus als budgetiert. Diese Zahlungen sind allgemein schwer vorauszusagen, da der Zeitpunkt der Zahlung und auch die Höhe der Beträge von ganz verschiedenen Faktoren abhängig sind. Und es ist jedes Jahr wieder eine Art Wundertüte, wie viele Beiträge da kommen werden, wie uns gesagt wurde. Es kann sicher nicht von einem Trend gesprochen werden, auch wenn wir diesen Trend gerne hätten, dass die Zahlungen zunehmen. Es kann im nächsten Jahr auch wieder ganz anders sein.

Im Bereich der Ausgaben liegt die Rechnung sehr nahe am Budget. Übers Ganze gesehen hat die Rechnung trotz der höheren Beiträge ein Minus von gut 9 Mio. Franken.

In unseren Beratungen haben wir einmal mehr über die benötigten temporären Arbeitskräfte gesprochen, zum Beispiel in der Sozialhilfe (Seite 248, Konto 5110.3030.00). Im Bereich der Sozialen Dienste ist es weiterhin nicht einfach, kompetente und erfahrene Mitarbeitende zu

gewinnen. Darum müssen Ausfälle jeweils temporär besetzt werden, was grosse Kostenfolgen hat, bis neue Mitarbeitende gesucht werden können.

Wir führten eine längere Diskussion über die Unterstützung bzw. Rückerstattung für die unterschiedlichen Personengruppen (Seite 249, ab Konto 5110.3637 ff.), die auch schon in den eröffnenden Voten der Fraktionen erwähnt wurden. Es wurde uns erklärt, dass in diesem Bereich keine Vollkostenrechnung gemacht wird und die Ausgaben in ganz verschiedenen Bereichen anfallen. Die Globalpauschalen, welche vom Kanton und vom Bund ausbezahlt werden, sind nicht nur für die Auszahlung an die Bedürftigen gedacht, welche in diesen Konten mit der Bezeichnung «Unterstützung» ausgewiesen sind, sondern sie decken auch weitere Kosten ab wie die Löhne von Mitarbeitenden und Mieten und dann auch eventuelle Folgekosten im Sozialamt. Weiter kann die Rechnung mit den Pauschalen auch ins Negative kippen, wenn Personen grössere Unterstützungssummen benötigen, beispielsweise wenn sie in eine Institution eintreten müssen oder wenn sie nach den Jahren der Pauschalzahlungen weiter vom Sozialamt unterstützt werden müssen. Einem grossen Teil dieser Menschen gelingt es aber zum Glück auch, in die Arbeitswelt integriert zu werden, was uns natürlich freut. Aber alle diese Kosten müssen auch abgedeckt werden. Auch hier sagen die Zahlen keinen Trend voraus. Sie sind schwierig vorauszusagen, sie sind volatil und abhängig vom Bund und den Kantonen.

Ein Mitglied der GPK stellte den Antrag, aufgrund der Erträge aus den Konten Asyl (Seite 249, Konto 5111) und Asylwesen Schutzstatus S (Seite 251, Konto 5116) je 500'000 Franken aus dem Ertrag der Stadtverwaltung dem Vroni-Kappeler-Fonds (Konto 5113) und dem Fonds Spendenkonto Fürsorge (Konto 5115) zuzuweisen. Das Mitglied findet es störend, wenn Erträge aus dem Sozialbereich in die allgemeine Rechnung einfliessen. Der Antrag sucht einen Weg, dass diese Gelder sozial schwachen Menschen zugute kommen, so wie sie auch gedacht seien. Dem Antrag konnte die GPK grundsätzlich einiges Wohlwollen entgegenbringen, Argumente dagegen waren, dass der Gewinn nur ein Scheingewinn sei, weil wir für diesen Bereich keine Vollkostenrechnung haben. Weiter wurden diese Fonds in den letzten Jahren kaum benutzt, weil das Fondsreglement die Ausgabemöglichkeiten stark einschränkt. Zudem kann der Gemeinderat über die Verwendung von Mitteln in Fonds nicht mehr mitbestimmen, was einige störend fanden. Weiter argumentierte ein Mitglied, dass bei Notlagen über die Möglichkeit der Sozialhilfe hinaus zuerst Stiftungen und Serviceclubs zur Unterstützung beigezogen werden sollen, bevor Gelder der Stadt dafür eingesetzt werden. Beide Anträge wurden abgelehnt mit 2 Ja zu 3 Nein bei 1 Enthaltung beim Vroni-Kappeler-Fonds und mit 3 Ja und 3 Nein mit Stichentscheid der Präsidentin beim Fonds Spendenkonto Fürsorge. Also jeweils knapp, aber abgelehnt.

Beim Konto 5130.5260.80 (Seite 254) «Rückerstattung Alimentenbevorschussung» haben wir erfreut zur Kenntnis genommen, dass aufgrund der guten Bewirtschaftung eine gute Rückerstattungssumme erreicht werden konnte. Da wurde wie an anderen Orten auch gut gearbeitet, aber hier schlägt es sich direkt in den Zahlen nieder. Herzlichen Dank.

Beim Amt für Gesellschaft und Integration auf der Seite 255 sind die Ausgaben ganz nahe am Budget. Unter anderem auch, weil beim Kanton nachgehakt wurde, dass die Leistungen, die dieses Amt bietet, wovon der Kanton auch profitiert, besser entschädigt werden. Grundsätzlich werden diverse Angebote in diesem Departement entschädigt.

Eine längere Diskussion gab es in der GPK zum markanten Anstieg der Tarife beim Tagesangebot der Schulen TAF. Grundsätzlich ging es da ja weniger um die Rechnung, sondern um eine Aktualität. Hier wurde uns erklärt, dass die Tarife letztmals vor sieben Jahren erhöht worden seien und sie nicht mehr kostendeckend waren. In den vergangenen Jahren hat die Stadt gemeinsam mit der Schulgemeinde den Betrag jeweils über die vorgesehenen Subventionen hinaus übernommen. Der Anstieg für die betroffenen Familien ist natürlich unschön, aber das musste sein.

Die Rechnung des Departements 5, Gesellschaft und Soziales, wurde von der GPK einstimmig angenommen.

**Stadträtin Barbara Dätwyler (SP):** Ja, der Bereich Sozialhilfeberatung und Asyl gibt zu reden – für einmal nicht, dass er zu teuer ist, das ist an vielen anderen Orten so, sondern weil es scheinbar – und ich benutze jetzt das Wort, was es eigentlich nicht ist – einen Gewinn gibt. Das stimmt so nicht. Wir handeln in diesem Amt, auch im Amt für Gesellschaft und Integration unter sehr, sehr vielen gesetzlichen Vorgaben von Bund und Kanton. Wir sind verpflichtet, die Subsidiarität einzuhalten, denn vor allem für das Amt für Soziale Dienste ist die Fürsorgebehörde zuständig. Sie haben diese Mitglieder gewählt, und die Fürsorgebehörde kommt ihren Pflichten nach und entscheidet über Unterstützung von hilfsbedürftigen Personen.

Ja, dieses Amt hat keine Vollkostenrechnung. Wir haben aber ausgewiesen hohe Personalkosten. Mittlerweile beschäftige ich in meinem Departement um die 90 Personen. Wir haben im Amt für Soziale Dienste ohne Berufsbeistandschaft und Alimente, die eigene gesetzliche Vorgaben haben, 2.24 Mio. Franken Personalkosten. Das ist viel Geld. Wir haben mittlerweile drei Standorte für ein Amt, weil unsere Büroräumlichkeiten einfach aus allen Nähten platzen. Manchmal überrascht einen dann, und zwar leider erst Ende Jahr, ein erhöhter Finanzausgleich des Kantons. Frauenfeld ist aber nicht die einzige Gemeinde, die plötzlich eine andere Berechnung bekommt. Es ist nämlich der Kanton, der diese Berechnung aufgrund der Sozialhilfekosten aller Gemeinden im Kanton vornimmt. Ja, dieses Mal habe ich schön profitiert, ich gebe es zu. Es ist einmal 738'000 Franken mehr und einmal 730'000 Franken mehr, und das gibt zusammen halt 1.47 Mio. Franken plus, was eigentlich budgetiert war. Wenn man dies dann aber vom Gesamtergebnis 1.8 Mio. Franken abzieht, ist es nicht mehr so viel. Eben, es ist eine Überraschung. Wir haben genau und gut budgetiert, wir haben auch ausgegeben, einzig bei der Unterstützung von Schweizern hatten wir Glück. Wir hatten einige wenige Personen, die bei uns an die Tür geklopft haben. Da haben wir nämlich 460'000 Franken weniger ausgegeben.

Das grösste Risiko für Sozialhilfe ist immer noch keine Ausbildung, eine psychische Erkrankung und Alleinerziehende mit Kindern. Aber es gibt auch Einnahmen. Manchmal erben auch bei uns Sozialhilfeempfänger eine grosse Erbschaft oder Klienten werden nach jahrelanger Unterstützung Sozialversicherungsbeiträge gesprochen, sprich eine IV und EL. Das heisst dann, dass wir auch Geld zurückbekommen.

Bei Arbeitsintegrationsangeboten, wie viele gern hätten, gibt es viele Anbieter. Wir selber haben kein Programm, wir zählen da auf unsere Partner. Sie werden aber auch nur dort möglich sein, wo eben auch eine ärztlich attestierte Arbeitsfähigkeit besteht, und da werden Sozialhilfeklienten auch verpflichtet. Wir haben diese Handhabung. Und ja, wir haben

manchmal auch den Ruf, etwas streng zu sein in Frauenfeld, und ja, es ist viel Arbeit. Auch Tagesstrukturen sind natürlich sehr willkommen, aber auch diese kosten. Und bitte denken Sie daran, alles, was unsere Klienten an Mitwirkung erbringen müssen, geht zu ihren Lasten. Das ist dann eine Schuld. Wir geben das Geld zwar aus, das ist aber wie eine Vorkasse. Nicht alle Sozialhilfeklienten sind immer so begeistert, wenn sie zur Mitwirkung aufgefordert werden.

Gehen wir zum Amt für Gesellschaft und Integration, denn da gibt es ganz viele Integrationsbemühungen, zum Beispiel die Deutschkurse. Ja, da haben wir 88'000 Franken Kursgelder eingenommen. Das bedeutet 7000 Lektionen Deutschunterricht in über 80 verschiedenen Kursen. Mehreinnahmen sind da zusammengekommen von 350'000 Franken. Sie sehen, wir schauen zu unserem Geld und wir schauen auch, dass Einnahmen kommen. Wir möchten nämlich nicht immer auf der Tasche meiner Kollegen da oben sitzen. Aber es gibt ja auch noch die Angebote der frühen Förderung der Abteilung Kind und Jugend. Auch da haben wir Integrationsangebote.

Und ja, endlich gibt es eine neue Berechnung des innerkantonalen Ausgleichs. Die Erleichterung wird jetzt spürbar. Wir haben eine Zentrumslast und wenigstens bekommen wir jetzt ein wenig ausgeglichen.

Dann möchte ich noch etwas sagen zum Schutzstatus S, der ja auch separat ausgewiesen wird. Personen mit Schutzstatus S bekommen nur einen Grundbedarf für Krankenkasse, Wohnen und tägliches Leben. Sie bekommen aus dieser Globalpauschale keine Unterstützung bei der Integration. Wir haben seit etwa eineinhalb Jahren endlich den Bund auf unserer Seite, nachdem die Kantone Druck gemacht haben, und es wird ihnen wenigstens ein Deutschkurs gesprochen und bezahlt. Das sind aber 3'000 Franken im Jahr. Das nehmen aber nicht alle in Anspruch, denn beim Schutzstatus S gibt es keine Verpflichtung zur Mitwirkung. Wir werden jetzt die ersten Überlegungen machen, dies zu ändern, denn diese Personen werden bleiben. Sie wissen, der Konflikt ist nicht gelöst. Es gilt, dass alle Personen mit Schutzstatus S zur Arbeitsvermittlung über das RAV laufen. Ich hoffe nicht, dass Sie Kunde sind beim RAV, aber beim RAV dauert es. Sie haben 15 Minuten Beratungszeit vielleicht einmal oder zweimal im Monat und dann müssen sie wissen, was sie wollen. Und vor allem verstehen. Sie sind erst vermittelbar, wenn sie ein gewisses Deutschniveau haben, und das gilt halt auch für Schutzstatus S. Wenn die Personen nicht in den Deutschkurs gehen, ist es schwierig, sie zu vermitteln. Wir haben jetzt aber Bundesrat Jans, der sagt, wir machen jetzt eine höhere Erwerbsquote. Ich bin gespannt, wie wir dann unterstützt werden. Wir haben 415 Fälle ohne die Aufnahmegespräche, das sind dann nochmals 191 Fälle, und hinter den Fällen verstecken sich immer mehrere Personen. Es ist viel Arbeit und es wird nur mit Arbeit von Man- und Woman-Power gemacht. Es ist momentan so, wir haben beim Schutzstatus S 185 Personen, wobei ich sagen muss, dass alle drei Monate die Zahlen etwas wechseln. Plötzlich habe ich dann ein Minus, weil ich plötzlich 200 Personen aufnehmen muss. Das ist auch eine Frage, die vom Bund an den Kanton, an die Gemeinden weitergegeben wird.

Integration ist also nicht nur eine Frage des Geldes und des Willens, sondern manchmal eben auch der Personalressourcen. Im Moment bin ich leider nicht so aufgestellt, dass ich mehr Integration leisten kann, auch wenn ich und meine Mitarbeitenden das gern hätten. Wir sind so genug beschäftigt mit der Sicherung von Wohnraum, Gesundheitsversorgung und dem

täglichen Bedarf. Ich hoffe, Sie verstehen das. Ja, wir tragen im Moment etwas dazu bei, dass die Rechnung besser aussieht, aber es ist kein Gewinn.

**Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP):** Somit haben wir die Rechnung der Departemente der Stadtverwaltung abgeschlossen. Wir behandeln nun noch die übrigen Register des Rechnungsordners und kommen zur Bilanz in Register 4 und zum Anhang der Jahresrechnung in Register 5. Wir beginnen mit der Bilanz. Zur weiteren Diskussion steht damit das Register 4, Bilanz 2023 inkl. Anlagespiegel und Geldflussrechnung.

Keine Wortmeldungen.

**Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP):** Wir kommen zum Anhang der Jahresrechnung 2023 in Register 5.

Keine Wortmeldungen.

**Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP):** Somit haben wir die Departemente der Stadtverwaltung vollständig abgeschlossen. Wir kommen nun zu den Rechnungen der stadteigenen Betriebe.

Rechnung Thurplus (Erfolgsrechnung, Register 7; Investitionsrechnung, Register 6; Bilanz, Register 8; Eigenkapitalnachweis und Kennzahlen, Register 9)

**Gemeinderat Stefan Eggimann (EVP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke:** Die GPK Bau und Werke hat die Rechnung und den Geschäftsbericht im Hinblick auf Thurplus am 22. Mai beraten. Seitens Stadt und Thurplus waren Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Geschäftsleiter Peter Wieland und der Leiter Finanzen und Service, Michael Gemperle anwesend.

Die Rechnung war in der GPK unbestritten. Ich verzichte deshalb nachfolgend auf eine Wiedergabe des GPK-Protokolls und gehe auf einige Eckwerte ein.

Das Jahr 2023 war erneut aussergewöhnlich. Im Jahr davor, wir erinnern uns, konnte dank des milden Winters zu viel beschafftes Gas teuer verkauft werden, was zu einem hohen Gewinn führte. Im vergangenen Jahr war die Situation nun umgekehrt. Gas musste zu hohen Preisen eingekauft und aufgrund des erneut milden Winters und der gefallen Preise mit Verlust verkauft werden. Während im Vorjahr damit 3 Mio. Franken verdient wurden, resultierte nun aus diesem Geschäft ein Verlust in der fast gleichen Höhe. Das führte in diesem Jahr auch zu einem negativen betrieblichen Ergebnis von gut 2 Mio. Franken. Dieser betriebliche Verlust konnte nur dank der jährlich wiederkehrenden Auflösung von Aufwertungsreserven in der Höhe von 5.3 Mio. Franken in einen Buchgewinn verwandelt werden. Wenn im Jahr 2029 diese Aufwertungsreserven aufgelöst sind, besteht diese Möglichkeit nicht mehr.

Der Umsatz von Thurplus ist vor allem aufgrund der höheren Energiepreise auf ein Rekordniveau gestiegen. Die Absatzmenge hat dabei nur leicht zugenommen und liegt beim Gas weiterhin unter dem langjährigen Niveau. Der Umsetzungsgrad der Investitionen liegt bei lediglich 36 %, was auch im Vergleich zu den Vorjahren bemerkenswert tief ist. Der Grund ist nach Angabe von Thurplus vor allem bei Abhängigkeiten zu Dritten, beispielsweise bei

Strassen – erwähnt wurde hier die Schaffhauserstrasse – und im Bereich der Fernwärme beim verzögerten Ausbau unter anderem aufgrund des verspäteten Fernwärmereglements zu suchen. Investiert wurde im vergangenen Jahr zum Beispiel in den Batteriespeicher, in den Fernwärmeausbau sowie in die Photovoltaikanlage auf dem Hallenbaddach.

Die GPK Bau und Werke empfiehlt Ihnen einstimmig, den Anträgen 1 in Bezug auf Thurplus sowie den Anträgen 3 und 3.1 zuzustimmen. Im Namen der GPK danke ich allen Mitarbeitenden von Thurplus, die sich im vergangenen Jahr dafür eingesetzt haben, dass wir in Frauenfeld zuverlässig mit Strom, Wärme und Wasser versorgt wurden. Herzlichen Dank dafür.

Keine Wortmeldungen.

Rechnung Alterszentrum Park (Erfolgsrechnung, Register 10; Bilanz, Register 11; Anhang zur Jahresrechnung, Register 12)

**Gemeinderätin Lisa Badertscher (SVP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen:** Die GPK bedankt sich ganz herzlich bei allen Beteiligten für die geleistete Arbeit und die übersichtliche Zusammenstellung der Rechnung 2023. Die Rechnung des AZP widerspiegelt leider nicht die wertvolle Arbeit, die im AZP geleistet wird. Gleich alle vier Teilrechnungen schlossen mit einem Minus ab, obwohl die Tarife auf das Jahr 2023 erhöht wurden. Vor diesem Hintergrund wurde an der GPK-Sitzung hauptsächlich über die Ursachen und die angedachten Massnahmen gesprochen. Einführend informierte uns die zuständige Stadträtin Regine Siegenthaler darüber, dass die Strategie, gegen die es letzten Herbst viel Gegenwind gab, von einer externen Fachperson zusammen mit ihr überprüft wurde. Grundsätzlich habe man ein gutes Feedback zur Strategie erhalten. Deutlich wurde, dass die Strategie eine Unternehmensstrategie ist und nicht eine Eignerstrategie. Das führt dazu, dass man sich Überlegungen zur geeigneten Organisations- und Rechtsform des AZP machen muss und soll. Anschliessend führten uns Stadträtin Regine Siegenthaler und Zentrumsleiter Michael Tobler in die Rechnungslegung ein. Sie zeigten auf, welche Einflüsse auf die Finanzen von extern bestimmt sind und wo das AZP selber Einfluss nehmen kann. Deutlich hervorgestochen hat dabei das Thema Personal. Zum einen, weil die Personalkosten entscheidend zum Defizit der Rechnung beigetragen haben, und zum anderen, weil dort auch gewisse Massnahmen angedacht sind.

Oberstes Ziel ist es, die Langzeitabsenzen zu minimieren und dadurch den Einsatz von teuren Temporärmitarbeitenden zu reduzieren. Erste Schritte in die richtige Richtung konnten bereits getan werden. So arbeitet das AZP intensiv mit dem Personalamt zusammen. Auch ist man daran, einen Personalpool mit einem anderen Altersheim aufzubauen, um kurzfristige Absenzen intern abzufangen.

Weiter wurde eine Tätigkeitsanalyse durchgeführt, die aufzeigen soll, ob das richtige Personal am richtigen Ort eingesetzt wird. Auch Erfolg zeigt die Strategie, möglichst viele der selbst ausgebildeten Pflegekräfte weiter beschäftigen zu können. Diesen Sommer (2024) werden alle Personen, die eine Aus- oder Weiterbildung in der Pflege im AZP abschliessen, im Betrieb weiter beschäftigt werden.

Auf Nachfrage eines GPK-Mitglieds, was die Gründe für die vielen Langzeitabsenzen sein könnten und ob diese mit anderen Playern in Frauenfeld vergleichbar seien, entgegnete der Zentrumsleiter, dass die Gründe für die Absenzen sehr vielschichtig seien und auf psychische und physische Diagnosen zurückzuführen seien und die Absenzen im kantonalen Durchschnitt liegen.

Ein weiteres GPK-Mitglied erwähnte, dass es aufgrund des Organigramms den Eindruck habe, dass es sehr viele Stabstellen gebe. Der Zentrumsleiter führte daraufhin aus, dass im AZP in der Linie geführt werde und alle Mitarbeitenden immer eine Ansprechperson hätten.

Eine weitere Schwierigkeit beim AZP stellt die Belegung dar, zum Beispiel beim Tageszentrum oder dem Betreuten Wohnen. Hier braucht es nur wenige freie Plätze, und die Rechnung gerät in Schiefelage, da die Personalkosten trotzdem hoch bleiben. Grundsätzlich sind diese zwei Schwerpunkte schwierig zu budgetieren. Man geht immer von wenigen Absenzen aus und hofft auf eine möglichst hohe Belegung. Zudem ist es nur schwer voraussehbar, in welche Pflegestufe die neu eintretenden Personen eingestuft werden, was wiederum Einfluss hat auf die Einnahmen und auf das benötigte Personal.

Zusammenfassend stellt die GPK fest, dass die Finanzierung des AZP eine sehr vielschichtige Angelegenheit ist, bei der sehr wenig auf der Einnahmenseite geschraubt werden kann. Die GPK hofft, dass die Personalsituation baldmöglichst in ruhige Gewässer kommt und auch mit dem allgegenwärtigen Fachkräftemangel gute Mitarbeitende gefunden und gehalten werden können. Die GPK möchte sich nochmals ganz herzlich bei allen Mitarbeitenden des AZP für die äusserst wertvolle Arbeit bedanken und hofft, dass diese nächstes Jahr auch auf dem Papier gewürdigt werden kann. Die GPK stimmte der Rechnung des AZP und allen Anträgen einstimmig zu.

**Stadträtin Regine Siegenthaler (Die Mitte):** Wenn wir über das AZP sprechen, sprechen wir über ein Herzstück unserer sozialen Verpflichtungen. Wir sprechen darüber, ob wir ältere Menschen einfach im Pflegeheim versorgen oder ob wir ihnen die verdiente Pflege und Betreuung und ein Dach über dem Kopf anbieten. Das wird immer anspruchsvoller.

Die Bettenauslastung im Pflegeheim lag im Mai bei rund 96 %. Das AZP führt eine Warteliste. Mehr Auslastung ist fast nicht mehr möglich.

Das AZP hat 2023 mit -690'000 Franken abgeschlossen. Das ist viel Geld. Und wir haben wenig Spielräume, um die Zahlen in den Griff zu bekommen. Ich verstehe Ihre im Lauf der Sitzung verschiedentlich geäusserten Sorgen. Das liegt vor allem am hohen Personalaufwand. Er macht 74 % des Gesamtaufwands und im Pflegeheimteil sogar 78,5 % aus. Beim Personalbedarf leiden auch wir unter dem Fachkräftemangel, an Langzeitabsenzen, an aufwändigen Rekrutierungsverfahren. Auch wir sind teilweise von teurem Temporärpersonal abhängig, auch das haben Sie alle angesprochen. Man könnte nun nach Milchbüchleinrechnung zwar meinen, dass eine gesteigerte Auslastung und ein höherer Pflegebedarf positiv zu Buche schlagen müssen, aber ein Altersheim/ein Pflegeheim ist keine Produktionskette. Trotzdem bringt die höhere Auslastung und Pflege bessere Erträge, aber sie reichen nicht aus, denn wir brauchen gleichzeitig auch mehr Personal. Und daneben bezahlten wir 2023 mehr für Waren und Dienstleistungen und hatten höhere Zinsen. Vieles

konnten wir nicht voraussehen und nicht budgetieren, zumindest nicht im Moment des Budgetierungsprozesses.

In der Parksiedlung haben wir im Vergleich zum Budget zu wenig Spitexpflege geleistet. Beim Betreuten Wohnen und dem Tageszentrum war die Belegung ungenügend, das schlug auf den Ertrag. Beim Tageszentrum machten sich personelle Wechsel und Ausfälle sowie Konkurrenzangebote bemerkbar. Das haben wir zu spät realisiert und erst spät haben wir Veränderungen angestossen. Wir sind nun froh darüber, dass 2024 die Nachfrage wieder angestiegen ist. Gleichwohl hinterfragen und passen wir die Konzepte an.

Es sind vieles Grössen, die das AZP nicht beeinflussen kann. Wir arbeiten in einem durchgreifend hochreglementierten Bereich. Das bedeutet, die Pflgetarife werden von Bund und Kanton bestimmt, der Anteil der Krankenkasse stagniert auf einem absoluten Betrag, obwohl die Pflegekosten jährlich um 3 % steigen. Das macht sich dann in unserer Rechnung mit einer Unterdeckung bei der KVG-Pflege bemerkbar.

Ein weiterer Grund, weshalb das AZP zu hohe Kosten pro Pflgetag hat, liegt in der Ausbildung. Das AZP bildet weit über dem Durchschnitt der Thurgauer Pflgeinstitutionen aus.

Bei den Betreuungs- und Pensionstarifen war der Pensionstarif des AZP über Jahre zu tief angesetzt worden. 2023 lag der Wirkungsgrad bei tiefen 86.6 %. Immerhin beim Vergleich der Pensionspreisen mit den Institutionen im Bezirk zeigt sich, dass die Tarife des AZP in der Mitte liegen.

Es gibt aber auch lösbare Aufgaben, ich ergänze gern zur GPK-Sprecherin. In der Pflege können wir uns steigern, wenn wir unsere Bewohnenden exakt in die Pflegestufen einstufen und wenn Abläufe effizienter gemacht werden. Und wir dürfen auch nicht zu viele Bewohnende in den tiefen Pflegestufen aufnehmen. Das gehen wir mit Schulungen und der Weiterentwicklung des Prozessmanagements an. Der Personaleinsatz ist passgenau, effizient und flexibel zu planen. Im Juni wird die Überarbeitung des Stellenplans fertiggestellt. Er stützt sich auf den kantonalen Richtstellenplan. Das bisherige Tool war zu ungenau.

Jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter muss entsprechend der Funktion eingesetzt werden. Um das zu gewährleisten, hat das AZP eine aufwändige Tätigkeitsanalyse durchgeführt. Davon sind Effizienzgewinne zu erwarten. Vermehrt werden Mitarbeitende auch wohngruppenübergreifend eingesetzt, und wir bauen unseren externen und internen Springerpool weiter aus.

Ja, insgesamt muss unser Schiff steuerbarer werden. Das AZP hat den Auftrag, ein aussagekräftiges Controlling aufzubauen. Die Zentrumsleitung muss schneller reagieren können. So erheben wir Daten und schaffen Werkzeuge, um genauer arbeiten zu können. Und die Sparbrille ist aufgesetzt. In allen Bereichen werden Kosten optimiert. In das Personal muss aber investiert werden. Das AZP profiliert sich hier mit Ausbildung, Vielfältigkeit und Karrieremöglichkeiten.

Die Tarife werden wir im Rahmen der Budgetierung 2025 überprüfen müssen. Voraussichtlich wird Ihnen der Stadtrat Erhöhungen auf den Januar beantragen müssen.

Lassen Sie mich noch kurz zur Strategie AZP 2030 kommen. Wir haben die genehmigte Strategie extern überprüfen lassen und halten daran fest. Die Kurzform des Gutachtens einer ausgewiesenen Fachfrau finden Sie im Anhang des Protokolls der GPK-Sitzung vom 28. Mai. Die Gutachterin attestiert, dass wir mit der Strategie AZP 2030 auch in Zukunft ein solides, vielfältiges und flexibles Angebot als Basisversorgung für Frauenfeld bieten. Gesellschaftlich sei Flexibilität, die das AZP mit seiner Grösse und dem Angebot aus einer Hand hat, unbedingt erstrebenswert. Die Strategie ist also in Umsetzung. Die Gutachterin gab sieben Empfehlungen ab, an die wir uns selbstverständlich halten werden. Lassen Sie mich davon drei nennen.

- Die Strategie des AZP soll stärker an die Vision des gesamtstädtischen Alterskonzepts angebunden werden. An der Überarbeitung sind wir dran.
- Kooperationsmöglichkeiten sind systematisch zu prüfen.
- Drittens ist zu eruieren, ob eine alternative Rechtsform besser geeignet ist, um mehr Handlungsspielräume für die Aufgabenerfüllung zu bekommen. Auch an diesen Abklärungen sind wir dran.

Schliesslich arbeiten wir weiterhin daran, dass das AZP baulich erneuert und saniert werden kann. Bei der Finanzierung stellen sich schwierige Fragen, die wir am Klären sind und die eben auch zum Beispiel mit Abklärungen zur Rechtsform oder auch mit einer nötigen Machbarkeitsstudie zusammenhängen. Nur mit einer frühzeitigen Planung können wir die Leistungen zugunsten unserer älteren Bevölkerung längerfristig sichern.

**Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP):** Die Rechnungen der Departemente, der Betriebe sowie des Alterszentrums haben wir nun beraten und kommen nun zum Geschäftsbericht. Der sehr ausführliche Geschäftsbericht 2023 steht zur Diskussion.

Keine Wortmeldungen.

**Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP):** Somit wären alle Punkte abgeschlossen, damit erkläre ich die Beratung als abgeschlossen.

### ***Abstimmung***

Antrag 1 wird einstimmig angenommen.

Antrag 2 wird einstimmig angenommen.

Antrag 2.1 wird einstimmig angenommen.

Antrag 3 wird einstimmig angenommen.

Antrag 3.1 wird einstimmig angenommen.

Antrag 4 wird einstimmig angenommen.

Die Anträge 4.1, 4.1.1, 4.1.2, 4.1.3 und 4.1.4 werden einstimmig angenommen.

**Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP):** Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten und mit der Genehmigung der Rechnung das Jahr 2023 endgültig abgeschlossen.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 26. Juni 2024, um 18:00 Uhr statt.

Mein Dank geht heute an Sie für das aktive Mitdiskutieren, an die Stadtgärtnerei für den wiederum sehr schönen, bescheidenen Blumenschmuck, an Mathias Frei und an das Team der Stadtkanzlei für die wertvolle Unterstützung bei der Vorbereitung. Ich erkläre die Gemeinderatssitzung für geschlossen und wünsche Ihnen einen schönen restlichen Abend.

Protokoll genehmigt: Frauenfeld, 21. August 2024

**STADT FRAUENFELD  
Gemeinderat Frauenfeld**

Der Gemeinderatspräsident

Der Gemeinderatssekretär

Hanspeter Gubler

Mathias Frei

**STADT FRAUENFELD  
Gemeinderat Frauenfeld**

Der Gemeinderatspräsident: Hanspeter Gubler

Der Gemeinderatssekretär: Mathias Frei